



SCHWERPUNKT: DIE GEKNIFFENE GENERATION

UNTER DER LAST DES ALTTERS



MARIO VARGAS LLOSA:
DAS BEKENNTNIS
DES NOBELPREISTRÄGERS
ZUR FREIHEIT

HAMED ABDEL-SAMAD:
WIESO ISLAMKRITISCHE
SATIRIKER FÜR
MUSLIME EIN SEGEN SIND

WOLFGANG GERHARDT:
WARUM GROSSE GEWISSEHET
IM GLAUBEN JEDEN KULTUR
DER TOLERANZ ZERSTÖRT



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„LIBERAL IST DIE
PLATTFORM FÜR
FREIE, BÜRGERLICHE
DEBATTEN ABSEITS
DES MAINSTREAMS.“

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

Online-Bestellung
www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen





„CHRISTIAN LINDNER HAT
OFFENBAR MIT SEINEM
PLÄDOYER FÜR EINE KULTUR

DES SCHEITERNS,
OHNE DIE ES KEINE
GRÜNDERKULTUR GEBEN
KANN, EINEN NERV
GETROFFEN“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Generation X, Generation Y, Generation Z, Generation Golf, Generation Maybe - es mangelt nicht an Etiketten für die Nachfolger der Babyboomer. Aber es mangelt ihnen an Altersgenossen, mit denen sie die gigantischen Belastungen gemeinsam schultern könnten, die ihnen die aktuelle Politik aufbürdet. Auf die Hilfe ihrer Vorgänger brauchen sie nicht zu hoffen, denn die werden genau dann die meisten Wählerstimmen zu vergeben haben, wenn sie ins Rentenalter kommen. Gegen deren schiere Masse wird keine Politik zu machen sein. **Deshalb müssten heute die Sozialsysteme enkelfähig gemacht werden.** Doch von der aktuellen Regierung ist nicht einmal zu erwarten, dass sie die Probleme beim Namen nennt.

Wir tun das in unserem Schwerpunkt zur gekniffenen Generation - und weisen Lösungen auf.

Ein Teil des heute schon für morgen umverteilten Wohlstands wird von Firmen erwirtschaftet werden, die heute noch nicht mehr sind als eine Powerpoint-Präsentation zu einer Geschäftsidee. Christian Lindners Gründerrede im Landtag von NRW wurde mit

Millionen Abrufen zum viralen Social-Media-Hit, offenbar hat er mit seinem Pläoyer für eine Kultur des Scheiterns, ohne die es keine Gründerkultur geben kann, einen Nerv getroffen. Lencke Steiner verfolgt dasselbe Anliegen seit Neuestem nicht mehr nur in Talkshows, sondern auch in dem Vox-Format „Die Höhle der Löwen“. **Wir sprachen mit dem liberalen Multitalent aber auch über ihre Heimatstadt Bremen, über Bildung, Frauen und Quereinsteiger in der Politik.**

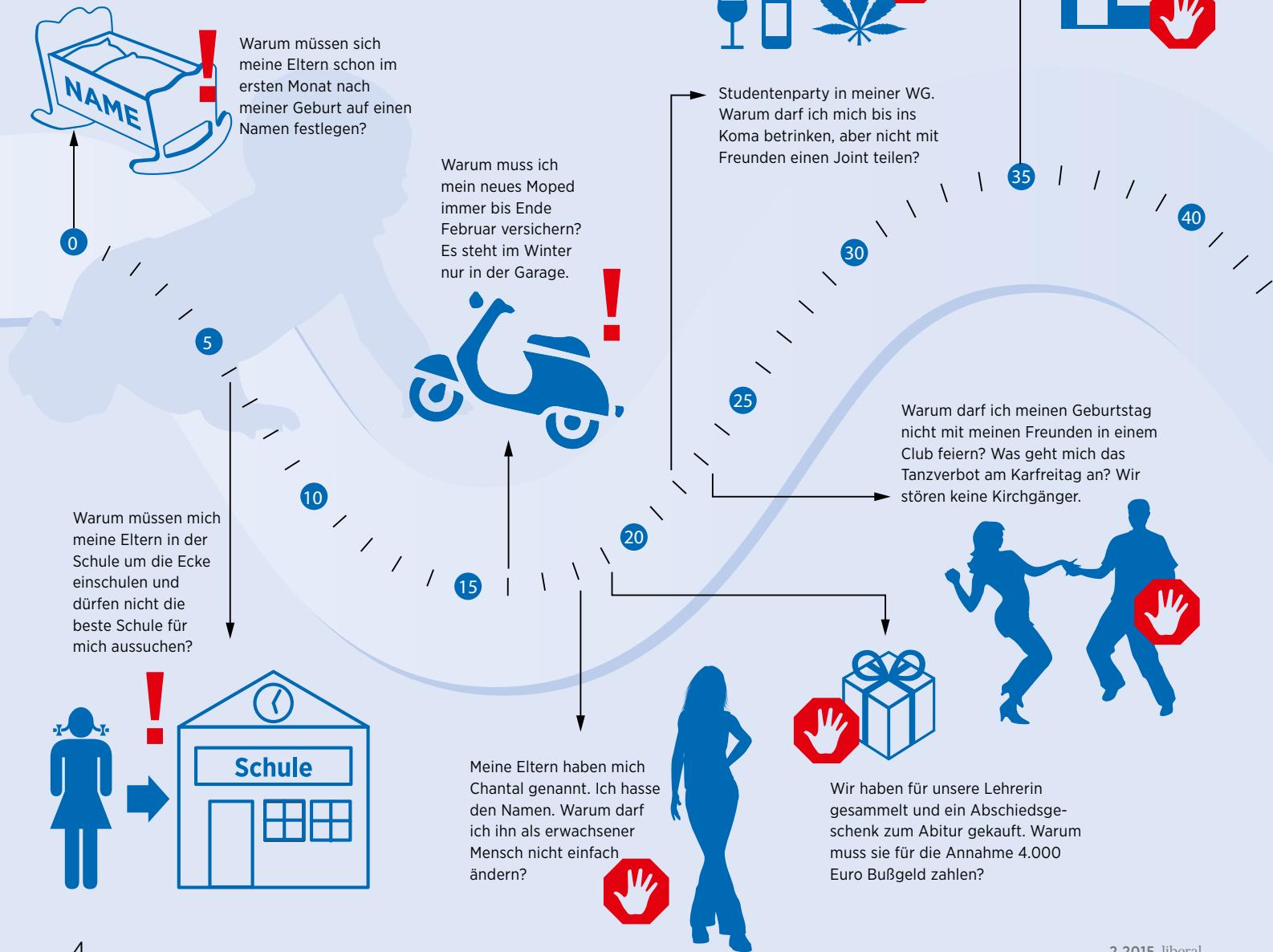
Als wir Ende 2014 Hamed Abdel-Samad gewinnen konnten, für uns über politischen Humor in der islamischen Welt zu recherchieren, ahnten wir nicht, welche schmerzliche Aktualität das Thema kurz darauf gewinnen würde. Die dschihadistischen Anschläge auf die Meinungsfreiheit und der mörderische Antisemitismus, der wieder in europäischen Städten angekommen ist, beschäftigen uns auch in der Wutprobe, dem Zentralmotiv und Wolfgang Gerhardts Essay zur Gretchenfrage nach dem Verhältnis von Religion zur Gewalt. Ausnahmsweise wäre uns weniger Relevanz in diesem Fall wesentlich lieber gewesen. ●

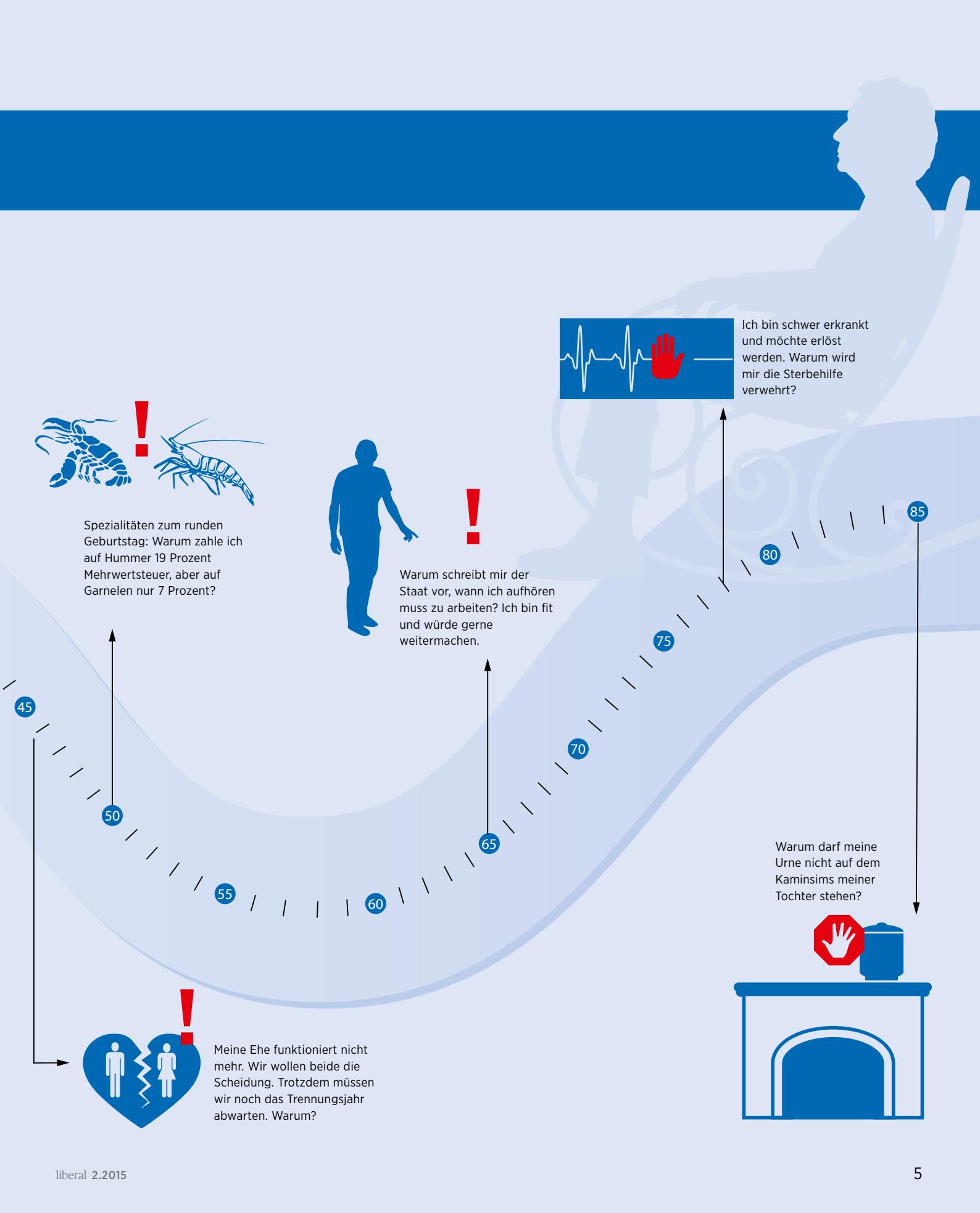
Von der Wiege bis zur Bahre

VORSCHRIFTEN

Unser Leben ist geprägt von Verboten. So sehr, dass wir das oft gar nicht mehr realisieren – weil's schon immer so war. Fakt ist: Der Staat mischt sich in unser Privatleben ein wo er kann, auch bei Kleinigkeiten. Und regelt viele persönliche Dinge, die ihn eigentlich nichts angehen sollten. *liberal* hat einige Beispiele zusammengetragen. Fallen auch Ihnen überflüssige Vorschriften ein, die schon so selbstverständlich geworden sind, dass man kaum noch darüber nachdenkt?

Schreiben Sie uns an: redaktion@libmag.de





3

EDITORIAL

4

START

Von der Wiege bis zur Bahre

6

INHALT/IMPRESSIONUM

20

FUNDSTÜCK

20

WUTPROBE

Alles ist vergeben

21

AUTOREN DER FREIHEIT
Dorothea Siems

28

ZENTRALMOTIV
„Meinungsfreiheit“



40

MIERSCHS MYTHEN
Paralleluniversum



50

BÜCHER

54

ZITATE DER FREIHEIT
Marko Martin



SCHWERPUNKT

Die gekniffene Generation

Wenn einer des andern Last trägt, erfüllt er der Bibel nach das Gesetz Christi. Als Paulus dies an die Galater schrieb, war die Welt allerdings noch eine andere. Heute erzeugt der demografische Wandel ein Problem der Generationengerechtigkeit von historisch ungekanntem Ausmaß: Die junge Generation droht unter der Last der bald in Rente gehenden Babyboomer zu ersticken. Und die Politik schaut weg.

8

ZEHREN VON DER SUBSTANZ

Generationengerechtigkeit wird es nur geben, wenn der Staat allen die Chance gibt, mutig und motiviert ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Dazu braucht die Politik gute Konzepte und Entschlusskraft. Nichts davon ist derzeit in Berlin erkennbar. **VON KARL-HEINZ PAQUÉ**

13

WER ZAHLT?

Vorbei die Zeiten guter deutscher Tugenden. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Unwichtig. Das war gestern. Heute schleudert die Große Koalition die Milliarden raus. **VON KARL-ULRICH KUHLO**

10

FÜNF VORSCHLÄGE FÜR DIE POLITIK

Was geschehen müsste, um die gekniffene Generation zu retten - eine Handvoll unpopulärer Anregungen.

VON KARL-HEINZ PAQUÉ

14

„JEDER KANN GRÜNDEN“

Lencke Steiner ist Hoffnungsträgerin der FDP für die Bremer Bürgerschaftswahl. Im Interview spricht sie über unternehmerische Freiheit, gefährdete Leistungsstandards - und warum in Deutschland eine Kultur des Scheiterns fehlt. **VON DAVID HARNASCH**



24

22 ALLES IM GRÜNEN BEREICH

Mit der neuen Landesbauordnung setzt die grün-rote Koalition in Baden-Württemberg Maßstäbe in Sachen ideologisch motivierter Gängelung.

24 BEKENNTNIS ZUR FREIHEIT

Was der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa auf der 5. Lindauer Tagung der Wirtschaftswissenschaften über die Bedeutung des Liberalismus sage.

VON MARIO VARGAS LLOSA

30 ASYL FÜR AFGHANISCHE HELFER

Sie riskierten an der Seite der Bundeswehr ihr Leben. Doch wenn sie nach dem Ende des Einsatzes der Gefahr in ihrer Heimat entkommen wollen, lässt sie der deutsche Staat sträflich im Stich. **VON TORSTEN HEINRICH**

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahresheft der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:

David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann



34

34 WAGEN UND GEWINNEN

Die jüngere Geschichte Bremens ist womöglich Blaupause für das, was uns blüht, wenn sich die TTIP-Skeptiker durchsetzen - wenn also Regelungswut und Ressentiments über Unternehmergeist und den Markt triumphieren. **VON JAN-PHILIPP HEIN**

38 FLUCHTHELFER AUS DER ARMUT

Immer mehr Intellektuelle plädieren nachdrücklich für ein Ende der Ära des Wachstums. Zur selben Zeit wünschen sich aber alle mehr langfristiges Wachstum für die europäischen Krisenländer. Wie passt das zusammen?



42

42 KOMMT EIN KALIF ZUM PSYCHIATER ...

Islamkritische Satiriker sind für Muslime ein Segen. Denn nichts brauchen sie mehr als einen Anstoß, den Respekt vor alten Mythen und die Angst vor Kultfiguren zu verlieren. **VON HAMED ABDEL-SAMAD**

46 TU FELIX NEDERLANDIA

Wie es zwei liberale Parteien schaffen, in Holland Erfolge zu feiern. **VON PHILIPP HANSEN**

48 HOLD THE AIR ON!

How long believe we still, that the „Green Point“ real green is and us real wider brings? **EIN FILSERBRIEF VON GISELA DAUM**

51 VON FREIHEIT UND RELIGION

Manche Menschen vertreten ihren Glauben mit einer Gewissheit, die jede Kultur der Toleranz zerstört. **VON WOLFGANG GERHARDT**

Autoren dieser Ausgabe: Hamed Abdel-Samad, Gisela Daum, Boris Eichler, Wolfgang Gerhardt, Philipp Hansen, David Harnasch, Jan-Philipp Hein, Torsten Heinrich, Karl-Ulrich Kuhlo, Marko Martin, Michael Miersch, Karl-Heinz Paqué, Dorothea Siems, Mario Vargas Llosa

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:

Holger Löwe, Wilfried Lülsdorf

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Wieslaw Smetek (Titelillustration)

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigen: Ralf Zawatzky, Tel. 0211/542 27-662, ralf.zawatzky@corps-verlag.de (Leitung),

Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, georgios.giavanoglou@corps-verlag.de (Anzeigen-Marketing), Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671, tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
73730 Esslingen, Zeppelinstraße 116

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Wideruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement:
Alles dazu auf Seite 2

Intzwischen weiß es jeder: Deutschland schrumpft und altert. In den nächsten 30 Jahren nimmt die Anzahl der Erwerbspersonen laut Prognosen um fast zehn Millionen ab - von etwa 45 Millionen auf 35 Millionen Menschen. Gleichzeitig steigt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung steil an, von gerade mal einem Fünftel auf mehr als ein Drittel. Es ist die riesige Generation der Babyboomer, die zunächst ins Ruhestandsalter vorrückt und dann irgendwann von Bord geht. Ihr folgen im aktiven Erwerbsleben sehr viel kleinere Generationen, wie sie die Soziologen auch nennen mögen: X, Y oder Z.

Eine gigantische Herausforderung! Merkwürdig nur, dass die Politik sich darum kaum kümmert. Es sieht ja derzeit in Deutschland alles so schön aus, wir werden weltweit beneidet: eine stabile Demokratie mit gesunder Wirtschaft, soliden Finanzen und niedriger Arbeitslosigkeit, jedenfalls im internationalen Vergleich. Niemals zuvor stand dieser Wohlstand allerdings auf so tönernen Füßen wie heute. Wir leben derzeit noch gut von der Substanz, aber die ist bald

aufgezehrt. Denn mit den Babyboomer verschwindet die bis dahin am besten ausgebildete Generation von Fachkräften. Noch sichert sie - durch ihre Größe und ihr gutes Einkommen - unsere Altersversorgung. Und noch stabilisiert sie das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, vor allem deren viel gerühmte industrielle Ingenieurkunst und Innovationskraft. Aber die Uhr tickt, das Ende ist absehbar.

Grund genug also für „German Angst“, wie die Briten den Hang der Deutschen zu apokalyptischen Zukunftsbildern ironisch benennen. Und in der Tat sind die Medien voll von Szenarien, in denen die riesige Babyboomer-Generation die wenigen Jüngeren über ihre demokratische Macht brutal auspresst oder die Jungen in ihrer Verzweiflung den Generationenvertrag aufkündigen und Rentenzahlungen verweigern. All dies ist übertrieben, aber nicht verwunderlich, wenn die Politik - wie derzeit die Große Koalition - das Problem einfach ignoriert. Schlimmer noch, durch das Rentenpaket, vor allem die Rente mit 63, hat sie die Problemlage gezielt verschärft, indem sie den

»



Zehren von der SUBSTANZ

Generationengerechtigkeit wird es nur geben, wenn der Staat allen die Chance gibt, mutig und motiviert ihr eigenes Schicksal in die zu Hand nehmen. Dazu braucht die Politik gute Konzepte und große Entschlusskraft. Nichts davon ist derzeit in Berlin erkennbar. // TEXT // KARL-HEINZ PAQUÉ // ILLUSTRATION // WIESLAW SMETEK



Rettet die gekniffene Generation!

FÜNF VORSCHLÄGE FÜR DIE POLITIK

1 BILDUNG VERBESSERN!

Wer eine gute Zukunft haben will, braucht die bestmögliche Bildung. Motivation und Leistungsbereitschaft müssen im Vordergrund stehen, nicht Gleichmacherei. **Talente müssen gefördert und gefordert werden**, und zwar auf allen Stufen der Erziehung – von der frühkindlichen Bildung über Grundschule, Gymnasium und Universität bis hin zur modernen beruflichen Qualifikation, der besten Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne.

2 INNOVATIONSKRAFT STÄRKEN!

Ingenieurskunst und Hochtechnologie sichern die Wertschöpfung der deutschen Wirtschaft im globalen Wettbewerb. Um sie zu stärken, bedarf es attraktiver Standortbedingungen – von exzellenten Forschungseinrichtungen bis zu leistungsfähigen Kommunikations- und Verkehrsnetzen. Hier besteht großer und dringender Investitionsbedarf. Daneben bedarf es **mehr Zuwendung von jungen qualifizierten Fachkräften**, geregelt und gefördert durch ein neues Zuwanderungsgesetz.

3 BÜROKRATIE ABBAUEN!

Deutschland ist Weltmeister der Vorschriften, Verbote, Regulierungen und Kontrollen. Sie behindern Existenzgründungen und ersticken die Bereitschaft zum Risiko. Wir brauchen **eine neue Unternehmenskultur**, die Start-ups stärkt und dem Mittelstand das Leben erleichtert. Brutstätten

neuen Wissens und origineller Geschäftsideen entstehen nur dort, wo der Staat gute Rahmenbedingungen schafft, aber sich aus den Details des wirtschaftlichen Wandels herauhält.

4 RENTENALTER ABSCHAFFEN!

In einer alternden Gesellschaft mit hoher Lebenserwartung müssen die Menschen so lange arbeiten dürfen, wie sie wollen. Es darf kein festes Alter für den Rentenbezug mehr geben.

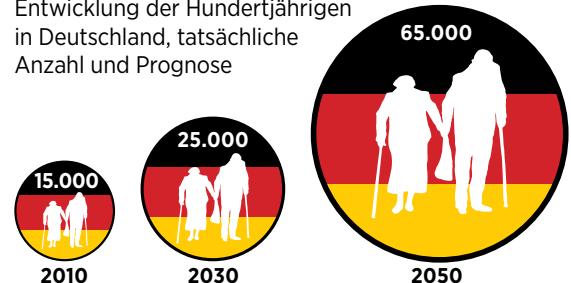
Wer länger arbeitet, erhält eine höhere Rente. Wer dies wegen Krankheit nicht kann, wird vom Staat unterstützt. Die meisten Älteren im siebten Lebensjahrzehnt, die gesund sind, werden arbeiten wollen. Die Unternehmen werden auf sie gerne zurückgreifen, weil es an jüngeren Arbeitskräften fehlt.

5 ZUVERSICHT STATT ZUKUNFTSANGST!

Deutschland ist zum Land der Technikskepsis geworden. Überall werden in konservativem Geist die Risiken neuer Technologien betont – und nicht deren Chancen. Die Forschung in Bereichen, die auf breiten Widerstand stoßen (zum Beispiel die Biotechnologie), wird ins Ausland verlagert. Junge Wissenschaftler wandern dorthin ab, um freier forschen zu können und Anerkennung für ihre Arbeit zu erhalten. Dies muss sich ändern. Die offene Gesellschaft erfordert den **Mut zum Fortschritt**.

Wir werden immer älter

Entwicklung der Hundertjährigen in Deutschland, tatsächliche Anzahl und Prognose



Abgang der Babyboomer aus dem Arbeitsleben beschleunigt und dem Rest der Gesellschaft auf lange Sicht zusätzliche Lasten von jährlich etwa zehn Milliarden Euro auferlegt. Hinzu kommt eine latente Investitionsschwäche des Staates: Die Straßeninfrastruktur verrottet, die Modernisierung der Kommunikationsnetze kommt nicht voran, Stätten der Ausbildung – von Schulen bis Universitäten – sind chronisch unterfinanziert. Und dies alles, obwohl der deutsche Staat seit Mitte des letzten Jahrzehnts Zuwächse der Steuereinnahmen in Rekordhöhe erzielt hat: von 2005 bis 2014 rund 150 Milliarden Euro jährlich, eine Steigerung von fast 40 Prozent. Und laut Steuerschätzung kommen in den nächsten fünf Jahren wohl nochmals 50 Milliarden Euro hinzu.

Leistungskraft bleibt länger erhalten

Kurzum, es besteht ein Problem der Generationengerechtigkeit, und was für eines: Die vielen Rentner sind ständig vom Abstieg bedroht, weil sie nicht wissen können, ob die Jüngeren noch bereit sind, sie zu finanzieren; und die weniger werdenden Arbeitskräfte ächzen unter den Soziallasten und Rentenbeiträgen, die ihr Nettoeinkommen verringern. Sie sind die gekniffene Generation. Und das Ganze ist eine finstere Zukunftsvision. Sie zu vermeiden braucht man dreierlei: eine nüchterne Analyse der Lage, die Motivation der Menschen zur Leistung und vor allem entschlossenes politisches Handeln.

Zur nüchternen Analyse gehört zunächst, dass den düsteren Trends zur Schrumpfung große Chancen

gegenüberstehen. So werden die Menschen zwar älter, aber mit der steigenden Lebenserwartung bleibt auch ihre Leistungskraft deutlich länger erhalten. Nicht nur der vergleichende Blick auf Fotos von Menschen im Ruhestandsalter vor 50 Jahren und heute belegt dies eindrucksvoll. Auch die Wissenschaft bestätigt es: Die kognitiven Fähigkeiten lassen im siebten Lebensjahrzehnt nur wenig nach, dies gilt vor allem dann, wenn der Ruhestand später eintritt und die sozialen Kontakte über den Arbeitsplatz erhalten bleiben. Hinzu kommt, dass die Leistungskraft heute viel weniger als früher von der Körperfunktion abhängt und im Übrigen immer bessere technische Hilfsmittel zur Verfügung stehen, allfällige Schwächen zu kompensieren. Und über allem wird in der Zukunft eine große Nachfrage bestehen: Immer mehr Unternehmen werden ältere Arbeitskräfte händeringend bitten, ihr Können und ihre Erfahrung weiter einzubringen, eben weil es so schwer ist, jüngere Nachfolger zu finden.

Eigentlich eine Idealkonstellation für eine längere freiwillige Lebensarbeitszeit! Man muss nur die älteren

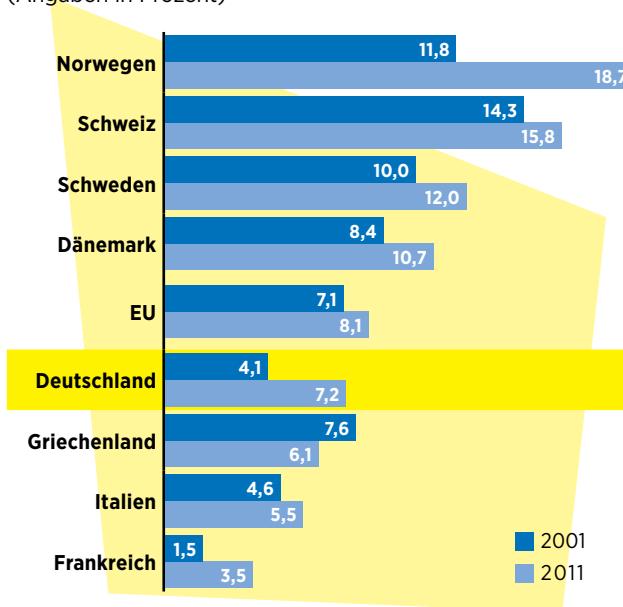
Menschen zur Leistung motivieren. Warum schaffen wir nicht das offizielle Rentenalter vollständig ab? Ersetzt werden sollte es durch eine Option zur Vertragsauflösung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber ab 65 (oder 67) Jahren. Wer länger arbeiten will und gefragt ist, es zu tun, finanziert seine zusätzliche Rente selbst - und erhöht sie damit, ohne die Gemeinschaft der Beitragszahler zu belasten. Niemand wird dadurch verdrängt, alle profitieren. Allerdings bedarf es politischen Mutes, eines klar auszusprechen: Nicht der Staat, sondern die Menschen selbst können und müssen ihren Beitrag zum Sozialvertrag leisten. Der Staat kann nur helfen: durch Rahmenbedingungen, die es erleichtern, diesen Beitrag zu erbringen.

Gleiches gilt für die anderen Aspekte unseres Zukunftsproblems: der Umgang mit jüngeren Menschen, deren Zahl derzeit abnimmt, später wohl auf niedrigem Niveau stagnieren wird. Sie brauchen gemäß ihren Talenten die bestmögliche Bildung, um ihre Lernmotivation und Kompetenz auf das hohe Niveau zu führen, das in der deutschen Geschichte

»

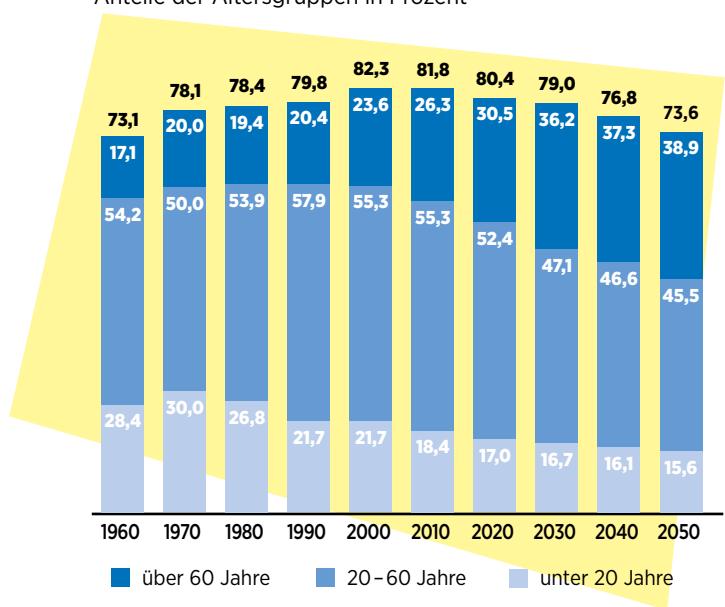
Erwerbstätig im Alter

Von den 65- bis 74-Jährigen arbeiten in (Angaben in Prozent)



Die Silberne Revolution

Bevölkerung in absoluten Zahlen (in Millionen)
Anteile der Altersgruppen in Prozent



des 19. Jahrhunderts für Deutschland noch so typisch war. Dazu zählen - völlig gleichberechtigt - die akademische und die technisch-handwerkliche Ausbildung, um die uns das Ausland noch immer beneidet. Gerade in der Differenzierung liegt die qualitative Stärke, und nicht im zwanghaften Bemühen, Talente zu nivellieren und der Leistungskontrolle durch Noten zu entziehen. Und es zählt jene frühkindliche Bildung dazu, an der es in Deutschland leider in der Fläche noch fehlt. All dies ist teuer, aber es ist fraglos die elementarste Investition in die Zukunft.

Bürokratische Monster zähmen

Allerdings: Gute Bildung genügt nicht. Sie muss sich in wirtschaftliche Kraft zur Innovation umsetzen. Nur so kann es zu einem Fortschritt kommen, der auch gesellschaftliche Früchte trägt. Das nennt sich Wachstum, genauer: qualitatives Wachstum bei schrumpfender oder stagnierender Bevölkerung. Dazu bedarf es günstiger Rahmenbedingungen, also eines innovationsfreudigen Klimas, in dem Start-ups nicht skeptisch beäugt, sondern junge Unternehmer gefördert und ermuntert werden. Ein solches Klima herrscht in Deutschland nicht. Als Volk der industriellen Ingenieurskunst schienen wir uns dies leisten zu können -

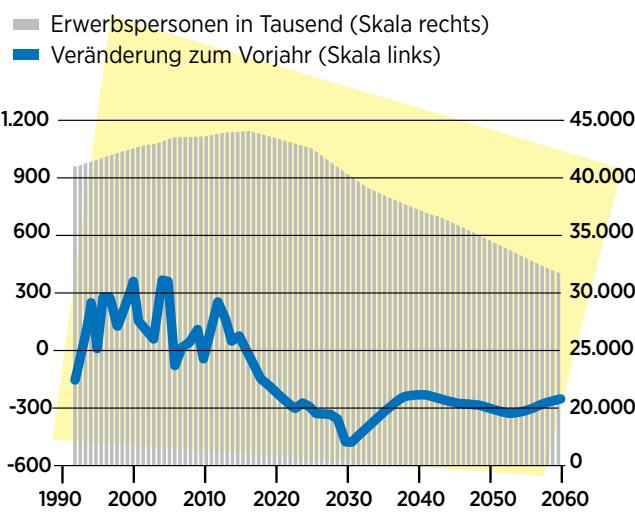
bis in die jüngste Vergangenheit. Mit dem Abschied der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt wird das vorbei sein. Es braucht dringend ein Stück amerikanischer Start-up-Kultur in den deutschen Gewerbegebieten, weit mehr als dies bisher rund um unsere Universitäten erkennbar ist. Dazu bedarf es einer Top-Infrastruktur, vor allem im Kommunikationsbereich, in dem wir bisher nur mäßiges Mittelmaß anzubieten haben. Es bedarf einer klugen Zuwanderungspolitik, die junge Fachkräfte aus dem Ausland nicht abschreckt, sondern anzieht, so wie es uns Kanada und die USA vormachen. Und es bedarf vor allem der Zähmung jener unzähligen bürokratischen Monster, die der Initiative junger Unternehmer Fesseln anlegen - von der Baunutzungsordnung bis zu arbeitsvertraglichen Zwangsjacken, die auf das Neue nicht passen.

FAZIT: Deutschland darf nicht länger von der Substanz leben, sondern muss neue Substanz schaffen. Nur so lassen sich Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit erreichen, und zwar in einem umfassenden Sinn (und nicht nur ökologisch!). Dies geht nur, wenn der Staat allen die Chance gibt, mutig und motiviert ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Dazu braucht die Politik gute Konzepte und große Entschlusskraft. Nichts davon ist derzeit in Berlin erkennbar. ●

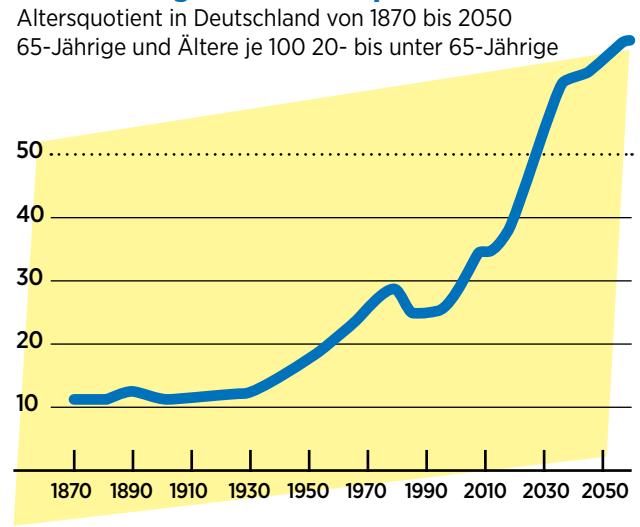


KARL-HEINZ PAQUÉ,
ehemaliger Finanzminister von
Sachsen-Anhalt, ist Dekan der
Fakultät für Wirtschaftswissen-
schaft der Otto-von-Guericke-
Universität, Magdeburg.
paque@ovgu.de

Wie viele Menschen arbeiten in Deutschland?



Steil ansteigender Altersquotient





Wer zahlt?

„Wir versauen unser Oma sein klein Häuschen“, singt der Kölner in seliger Bierrunde nicht nur zum Karneval, laut Kurt Tucholsky ein Volkslied in seiner reinsten Form

„Wir verfrühstückten unser Kinder ihre Zukunft“ ist das Motto der Generationenpolitik der großen Koalition heute.

Für Tucholsky war es der Moralwechsel von der sparsamen Großmutter, die mit ihren Spargroschen das Familienheim geschaffen hatte, zu der grölenden Korona der Enkel, die das Familienvermögen „durch die Gurgel jagen“. Vorbei die Zeiten guter deutscher Tugenden. „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not.“ Unwichtig. Das war gestern.

Union und SPD können für sich in Anspruch nehmen, diesen Moralwechsel zu perfektionieren. Sie schleudern heute Milliarden raus, die die nächste Generation erst noch erwirtschaften soll: Rente mit 63, Mütterrente, Mindestlohn. Wir haben's ja! Und der Rheinländer tröstet sich beim zehnten Kölsch: „Et hätt noch immer jot jejange!“ (Auf Deutsch: Es ist doch immer gut gegangen ...)

Herr Schäuble lässt sich für die schwarze Null feiern, die doch in Wahrheit Herrn Draghi zu verdanken ist. Die deutschen Wähler werden eingelullt. Und wenn die Leute, die was von Volkswirtschaft verstehen, warnend die Stimme erheben, denkt die Kanzlerin eher darüber nach, ihre Berater abzuschaffen, als sich um die Sorgen derer zu kümmern, die die Party dereinst bezahlen sollen, diejenigen, die gerade erst ihre Existenz aufbauen wollen, vielleicht eine Familie gründen.

Die sind gekniffen! Die müssen in Zukunft bezahlen, was wir uns heute großzügig genehmigt haben. Aber bis dahin sind die Lasten viel zu schwer geworden für deren Schultern.

Denn es gibt nicht genug von ihnen. Die Deutschen werden weniger.

Doch um die gekniffene Generation kümmert sich diese Regierung nicht. Schließlich lassen sich bei den Babyboomer und den Alten, bei denen, die heute die Mehrheit stellen in unserem Land, mehr Wählerstimmen holen als bei den Jungen.

Die Wichtigen von morgen sind den Mächtigen von heute schnurzegal. Sie haben keine Lobby. Um sie sorgen sich nur die Liberalen. Aber denen haben die Anhänger von Merkel & Gabriel ja eine Bundestagsauszeit verordnet.

Die Liberalen kümmern sich, stellen mit Recht die Frage in den Mittelpunkt: Können wir Alten uns darauf verlassen, dass unsere Kinder unseren Verzehr auch wirklich bezahlen können, wollen, wenn der Ober kommt? Ist es überhaupt verantwortbar, immer noch 'ne Runde auf ihre Rechnung zu bestellen?

Die Betroffenen selbst haben die Hoffnung auf „sichere Renten“ längst aufgegeben, haben kein Vertrauen mehr in das System und die handelnden Politiker. Wählen? Nein Danke!

Aber niemand sollte sich darauf verlassen, dass unsere Enkel eines Tages wirklich für unsere Schulden aufkommen. Vielleicht haben die auch keine Lust mehr, immer weiter für unser sattes Leben zu zahlen. Vielleicht sagen sie auch einfach mal „Nein!“ und pfeifen auf das Solidarsystem.

Der derzeitige Generationenvertrag ist ein Vertrag zulasten Dritter.

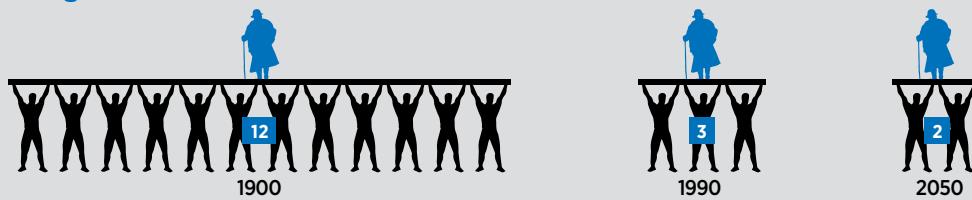
Karl-Ulrich Kuhlo

Immer weniger Beitragszahler

Rentner

Beitragszahler

Quelle: GDV





„Jeder kann gründen!“

Deutschland lebt gut. Noch. Denn Deutschland lebt von der Substanz. Immer weniger Leistungsträger werden in naher Zukunft die (Renten-)Lasten von immer mehr (Renten-)Empfängern tragen müssen. Die heute noch junge Generation ist die gekniffene Generation der Zukunft. Die Entwicklung ist klar absehbar. Und die Politik der Großen Koalition verschärft die Situation dramatisch. Trotzdem bleibt alles ruhig, gespenstisch ruhig. Keine Proteste. Keine Demos. *liberal* fragte Lencke Steiner, erfolgreiche Mittelständlerin in Bremen und mit ihren 29 Lebensjahren selbst Mitglied dieser gekniffenen Generation.

// INTERVIEW // DAVID HARNASCH

Frau Steiner, haben Sie das Gefühl, dass Ihre Generation die eigenen Interessen hinreichend deutlich artikuliert? Existiert überhaupt ein Bewusstsein für die Probleme der aktuellen Entwicklungen?

Bei jungen Menschen spielen gesellschaftspolitische Entwicklungen und Probleme sicher nicht die Rolle, die sie verdient haben. Ich selbst war früher auch eher jemand, der sich nicht so stark für politische Themen interessiert hat. Ich glaube, dass die junge Generation einfach nicht so intensiv mit Politik konfrontiert wird. Es gibt zu wenig Politik- und Wirtschaftsunterricht in den Schulen. Das ist ein wirkliches Problem, was wir anpacken müssen. Junge Menschen müssen frühzeitig ans politische Geschehen herangeführt werden - im Unterricht, aber auch zu Hause. Bei mir hat sich das mit meiner unternehmerischen Tätigkeit und meinem Verbandsengagement dann auch schnell geändert.

Warum haben Sie gerade jetzt beschlossen, der FDP als Spitzenkandidatin für Bremen zur Verfügung zu stehen? Dafür gab es ja schon komfortablere Momente.

Als Mitglied der jungen Generation fühle ich mich durch die Große Koalition bei der Rente mit 63 über-

haupt nicht repräsentiert. Als Vertreterin des Mittelstands und der Familienunternehmen kritisiere ich die starken Eingriffe in die unternehmerische Freiheit wie Mindestlohn und Frauenquote. All das geht völlig am Ziel vorbei und wird Schaden anrichten. Es gibt eine riesige Lücke für die Werte Freiheit, Eigentum, Verantwortung und Selbstverwirklichung. Und ich habe große Lust darauf, diese Lücke zu füllen!

Sie kennen ja nicht nur die Bedürfnisse junger Unternehmer - welche Themen treiben denn aktuell Ihre gleichaltrigen Freunde um, die ange stellt sind?

Wir sind da gar nicht so verschieden (lacht). Meine Freunde fragen sich natürlich auch, wie es beruflich mit ihnen weitergeht, wie sie Familie und Beruf vernünftig vereinbaren können, wie sie ein glückliches Leben führen und ihre Ideen und Ziele umsetzen können.

Sie kommen nicht aus der Berufspolitik, sondern haben verschiedene Blickwinkel auf politische Fragen, die teilweise sehr unterschiedlich sind: Ein konservativer Familienunternehmer hat ja andere Sorgen und Nöte als ein junger Start-Up

»



ZUR PERSON

LENCKE STEINER, 29, ist Gesicht und die Stimme des Bundesverbands der Jungen Unternehmer, engagiert sich beim Bundesverband der Familienunternehmen, ist Konzernbeirätin der Bahn, Aufsichtsrätin, Schirmherrin für einen Studienpreis, leitet mit der Familie ihr Unternehmen, wirkt bei einer erfolgreichen Fernsehshow mit und engagiert sich auch noch ehrenamtlich politisch für die FDP in Bremen.



Gründer auf der Suche nach Risikokapital. Welche Perspektive überwiegt?

Ich versuche, all diese Perspektiven mit in meine Meinungsbildung einfließen zu lassen und offen auf alle Menschen zuzugehen. Ich hoffe, nur wenige Vorurteile zu haben - und wenn ich mich mal bei einem ertappe, muss ich schmunzeln, versuche dann aber auch nachzuhaken und es zu überprüfen. Ich habe in den letzten Jahren mit Frau Merkel, Herrn Steinbrück und Herrn Özdemir gesprochen, gerade habe ich beim Bundespräsidenten Gauck über Generationengerechtigkeit diskutiert. Ich will Ansichten über Parteidgrenzen hinweg und Leute aus allen Lebensbereichen kennenlernen, denn jede Rolle ist für das Funktionieren der Gesellschaft wichtig: Ob das ein Staatsoberhaupt, ein Gründer, ein Geschäftsführer, ein Lagermitarbeiter oder ein Hausmeister ist - jeder ist kritisch für den Apparat. Und deshalb interessieren mich auch all ihre Perspektiven. In den Diskussionen mit diesen Menschen konnte ich einen sehr breiten Blick auf unterschiedliche Themen bekommen und meine eigenen Argumente schärfen und pointieren.

Die liberal-Leser kennen Sie aus verschiedenen Talkshows, aber den meisten anderen Menschen

dürften Sie aus der Vox-Show „Die Höhle der Löwen“ bekannt sein. Hier sind Sie einer von vier potenziellen Investoren, denen Unternehmensgründer ihre Ideen vorstellen. Da dieses Format auf Vox ein Millionenpublikum erreicht, vermute ich, dass es mehr dazu beiträgt, den Gründergeist in Deutschland zu befördern als viele Sonntagsreden und viele politische Programme.

Definitiv ein klares Ja! Das war tatsächlich auch meine Motivation. Ich verkaufe keinen Feinkostbecher mehr, nur weil ich um 20.15 Uhr bei Vox sitze. Ich wollte die Gründerszene beleben und auch den Menschen draußen aufzeigen, was jeder Einzelne aus seinem Leben machen kann: Jeder kann gründen! Egal, wie alt - wir hatten Gründer dabei, die waren 17, 18 und wir hatten welche, die waren 68, hatten Langeweile mit ihrer Rente und wollten noch etwas bewegen. Egal, was für ein Mensch du bist und woher du kommst, wenn du eine Vision hast, wenn du an deinen Traum glaubst und ihn verwirklichen willst und dann - das haben leider einige unterschätzt - noch das richtige Geschäftskonzept dahinter entwickelst, dann kann wirklich jeder gründen. Und auch, wenn nachher Ideen durchgefallen sind, ist keiner als Verlierer rausgegangen, sondern für mich war wirklich jeder Einzelne ein Gewinner.

Eigentlich müsste die Show ja noch bessere Einschaltquoten erzielen, wenn es statt Risikokapital eine sofortige Verbeamtung zu gewinnen gäbe - denn unter jungen Uni-Abgängern wird die viel häufiger als Lebensziel angegeben als erfolgreiche Selbstständigkeit. Haben Sie eine Erklärung, warum ausgerechnet im reichen, von der Krise kaum tangierten Deutschland Sicherheit so einen hohen Stellenwert für junge Leute hat?

Darüber habe ich auch schon gegrübelt. Es geht uns in Deutschland verdammt gut. Ich möchte nicht tau-schen müssen, aber selbst wirklich arme Menschen sind hierzulande zum Glück nicht an Leib und Leben bedroht. Unser Lebensstandard ist hoch und jeder will ihn sich individuell sichern. Darüber wird aber übersehen, dass er gefährdet ist, wenn niemand mehr persönliche Risiken eingehen will. Ich war bei der Hochschule St. Gallen und habe mich mit dem Thema des „Clash of Generations“ beschäftigt. Dort waren hundert „Young Leaders of Tomorrow“ und Vertreter der älteren Generation. Mein Vater ist heute 71, in der Generation war die Motivation zur Arbeit ganz klar: Geld, Macht und Status. Wenn man unsere Generation befragt, hat sich das komplett verändert, wir wollen ...

... Work-Life-Balance.

Genau! Schönes Wort! Ich hasse es, denn „work“ und „life“ gehören zusammen. Ohne gute Arbeit kann ich mir kein gutes Leben leisten. Und wer das Glück hat, an der Arbeit Spaß zu haben, der hat auch dadurch ein gutes Leben. Für mich ist das nicht trennbar und auch nicht in Balance zu bringen, weil beide Begriffe in dieselbe Waagschale gehören.

Den Begriff hört man nie von Krankenschwestern oder Müllwagenfahrern, die rein physisch nicht 16 Stunden täglich voller Freude harte körperliche Arbeit leisten können, sondern von den Abgängern der Elite-Uni St. Gallen.

Leider ja! Ich sehe da durchaus unseren Leistungsstandard gefährdet. Schaut man sich an, welche Vorsätze sich die Leute weltweit fürs neue Jahr nehmen, findet man überall „mehr Geld verdienen“ und „befördert werden“ - außer bei uns in Deutschland. Hier rangiert „Stressabbau“ vor „sich mehr Zeit für die schönen Dinge nehmen“.

Sich in einem eigenen Unternehmen zu verwirklichen, ist bei aller Arbeit für viele Leute hochbefriedigend. Und auch das deutsche Publikum verschlingt Berichte über Silicon-Valley-Helden, lässt sich aber vom Gründungsfieber kaum anstecken. Haben Sie eine Idee, wie man das abgesehen vom Fernsehen popularisieren kann?

Fernsehen ist ein unheimlicher Hebel, alleine unsere Show hatte über zwei Millionen Zuschauer. Ich glaube, wir brauchen einerseits Vorbilder, andererseits müssen wir als Gesellschaft aufhören, das Unternehmertum zu verurteilen. Wir haben leider eine sehr starke Neidgesellschaft.

Schon in Schulbüchern werden ja Unternehmer und Angestellte als Antagonisten dargestellt, deren Interessen sich keinesfalls irgendwie überlagern könnten ...

Absolut! Das hat sich aber Gott sei Dank verbessert. Wir haben auch im Verband stark daran gearbeitet, dass zumindest Familienunternehmer einen anderen Ruf haben. Früher war der Unternehmer immer gleich der Ausbeuter und der böse Kapitalist - das ist ein richtiges Imageproblem. Und bei den Gründern fehlt uns eine Kultur des Scheiterns, wie es sie in Amerika gibt. Wer in Deutschland auf die Nase fällt, darf nicht mehr aufstehen. Statt dem die Hand zu reichen, zu gratulieren und zu sagen: „Toll, dass du es versucht hast! Komm, neuer Versuch! Wir helfen dir!“ wird eher



nachgetreten. Diese Kultur des Scheiterns müssen wir etablieren. Da sind ganz stark die Medien gefragt, die einen starken Einfluss auf die Gesellschaft haben. Da müssen wir ansetzen und Geschichten bringen, die zeigen, dass Fehler machen auch erlaubt ist. Aus Fehlern kann man nur lernen - das darf man nicht verurteilen, sondern muss es einfach nur annehmen und sagen: „Das mache ich nächstes Mal anders!“

Was kann denn die Politik tun, um gründungsfreundlicher zu werden? Außer Steuern durch eine riesige Bürokratie schleusen, um sie ausgewählten, von Beamten als zukunftsträchtig erachteten Unternehmen zu überweisen?

Der Bürokratieaufwand und auch unser Steuersystem sind für Investoren völlig abschreckend. Da kommt kein Chinese und auch kein anderer freiwillig hierher - es muss sich etwas ändern! Derzeit wird ja diskutiert, die Doppelbesteuerung auf Veräußerungsgewinne in Beteiligungen wieder einzuführen. Wenn so ein Anti-Angel-Gesetz in Kraft träte, wäre es das Todesurteil für die Start-Up-Szene. Eine weitere Option wären steuerli-

che Abschreibungen, wenn Beteiligungen schiefgehen. Das ist im Moment nicht möglich, da muss man ran.

Dafür gäbe es ja Vorbilder: Einige US-Bundesstaaten und Israel haben solche Regeln.

Eben, da ist es möglich und wir sollten uns daran orientieren. Der Staat kann aber nicht nur Investoren, sondern auch Gründern direkt das Leben erleichtern: Man könnte Gründer etwa im ersten Jahr von den quartalsweisen Umsatzsteuervorannahmen befreien. Auch Aufbewahrungsfristen könnte man von zehn auf drei Jahre verkürzen. Ich habe gerade ein Unternehmen gegründet, da kam ein Riesenpaket Rechnungen: Berufsgenossenschaft, Kammer, Handelsregister, einige davon übrigens gefälscht - so gut, dass man wirklich niemandem, der so etwas bezahlt, einen Vorwurf machen kann. Da gibt es also noch viel Verbesserungspotenzial und Handlungsspielraum.

Nun sind das Themen der Bundespolitik. Ihr unmittelbares Wirkungsfeld ist aber Bremen, das ja in den letzten Jahrzehnten suboptimal gemanagt wurde.

Man könnte auch einfach sagen: kaputtgewirtschaftet. Es gibt sehr viel zu tun.

Dann priorisieren Sie mal!

Erste Priorität ganz klar: Mehr Investitionen in Bildung. Und wir müssen den Haushalt konsolidieren.

Reichen denn Investitionen? Oder muss das System zunächst umgebaut werden?

Man muss das System natürlich umstrukturieren. Doch schon ein Blick auf den Haushalt zeigt, dass Bildung in Bremen unterfinanziert ist. In den letzten Jahrzehnten wurde nur an der Struktur herumgebaut, und das eigentliche Problem darüber völlig vernachlässigt: Schulqualität und Bildungsarmut. Eine große Aufgabe, die damit einhergeht, ist die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Damit muss früher angefangen werden. Kitas müssen schon zu Bildungseinrichtungen für sprachliche Förderung werden, die gewährleisten, dass in der Grundschule alle mit einigermaßen vergleichbarem Sprachniveau starten können.

Was ist am zweitwichtigsten?

Das Problem lässt sich vom gerade angesprochenen nicht trennen: Fachkräftemangel. Wir haben in Bremen sehr viele Uni- und Hochschulabsolventen, die nur leider nicht hierbleiben. Wenn die Stadt nicht



**Erste Priorität ganz klar:
Mehr Investitionen in Bildung.
Und wir müssen den
Haushalt konsolidieren.**

attraktiv genug ist und die Leute ihre Kinder hier nicht auf die Schule schicken wollen, können die Arbeitgeber das nicht ausgleichen.

Sonst sind die weichen Standortfaktoren doch nicht schlecht - Bremen ist eine schöne Stadt und attraktiv gelegen.

Man kann in 20 Minuten von der Innenstadt mitten ins Grüne fahren, da beginnt dann ein Naturschutzgebiet. Das ist wirklich schön! Die Weser, die Wümme, die Ochtum, lauter kleine Flüsse, das macht Lebensqualität aus. Aber wir sind nun mal nicht Bad Bremen, der Luftkurort. Wir haben den weltweit größten Umschlaghafen für Automobile und sind ein sehr großer Industrie- und Logistikstandort. Wir haben große Konzerne hier mit Mondeléz, Kellogg's, Beck & Co.; wir sind Europas größter Luft- und Raumfahrtstandort. Wir müssen dafür sorgen, dass die Wirtschaft sich wohlfühlt. Dafür braucht es eine Willkommenskultur für Investoren und es müssen die Rahmenbedingungen stimmen, damit die Wirtschaft sich entwickeln und wachsen kann.

... ist Punkt drei?

Sie geben den Punkten eine Hierarchie, das ist nicht korrekt, denn diese Themen „beste Bildung“, „florierende Wirtschaft“, „gesunde Umwelt“ und „fließender Wirtschaftsverkehr“ sind gleichermaßen wichtig und Schlüssel für eine moderne Großstadt mit Lebensqualität. Was die Wirtschaftsfaktoren betrifft, gehe ich gern auf einige Beispiele ein. Da sind wir beim Gewerbesteuerhebesatz, bei der Grundsteuer, bei der Bürokratie und bei der Frage, ob man überhaupt Gewerbegrundstücke kaufen und bebauen kann. Das versuchen Sie mal hier in Bremen! Da haben Sie richtig „Spaß“! Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass sich die Wirtschaft hier wohlfühlt, und das kann sie nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, heißt: stabile Steuersätze, zur Verfügung stehende Fachkräfte, ausbildungsfähige Jugendliche, fließender Verkehr und eine Bauordnung, die Gründung und Expansion fördert. Des Weiteren würde ich eine Willkommenskultur für Investoren und für die bereits hier ansässige Wirtschaft etablieren. Die Stadt sollte sich als Dienstleister verstehen. Ansätze hierzu sind wettbewerbsfähige Gewerbe- und Grundsteuersätze. Eine Bürokratie, die uns nicht von der eigentlichen Arbeit abhält, ein Bauamt, das das Wachstum und den Ausbau nach vorne bringt und zu guter Letzt das Thema Verkehr. Der Verkehr muss fließen! Es kann nicht sein, dass wir hier überall Tempo 30 festlegen, was sich Rot-Grün tatsächlich überlegt. In Wohnstraßen ist es natürlich eine wichtige und richtige Maßnahme, auf Wirtschaftswegen allerdings unpassend. Gigaliner-Projekte sollten wir prüfen, statt diese zu verteufeln, und „Schlauampeln“ würden nicht nur für fließenden Verkehr sorgen, sondern auch zu einer geringeren CO₂-Belastung beitragen. Das ist für mich der Alltag in einer modernen Großstadt.

Jetzt engagieren Sie sich für die FDP, sind aber - es sei denn, das hat sich in den letzten Stunden geändert - immer noch kein offiziell eingeschriebenes Mitglied?

Das stimmt!

Was muss für diesen Schritt denn noch geschehen? Es ist ja ungewöhnlich, sich als Außenstehende so zu exponieren.

Es zeichnet die FDP aus, dass bei ihr eine Chancen- und Leistungsgerechtigkeit gelebt wird. Man lässt auch Quereinsteigern die Chance, die Spitzenkandidatur zu übernehmen und etwas zu bewegen, wenn diese Person für diese Themen und somit für die Partei

vorne steht. Für mich ist es jetzt in erster Linie wichtig, neutral zu bleiben. Parteineutral ist bürgernah, die wenigsten Menschen haben ein Parteibuch. Auch ich möchte primär für die Themen stehen und erst in zweiter Linie das Parteilabel draufkleben. Ich glaube, ich erreiche damit auch eine Reihe von Politikverdrossenen und Nichtwählern, die sagen, jetzt finde ich diese Themen toll, damit kann ich mich identifizieren und ich gehe jetzt wieder hin. Das ist mein Traum.

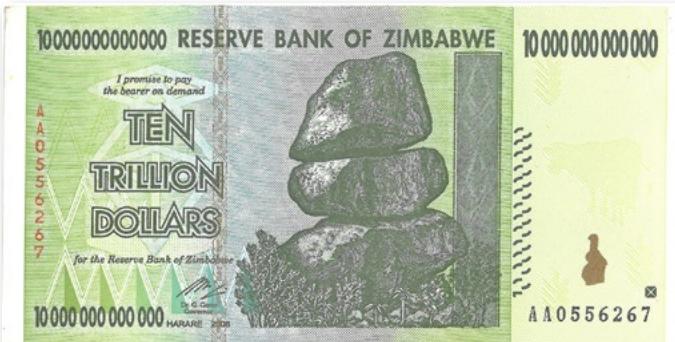
Wie eng sind Sie denn in die Parteiaktivitäten eingebunden? Kriegen Sie mit, wie die Stimmung außerhalb Bremens ist?

Die Stimmung ist sensationell! Ich bin, obwohl ich kein Mitglied bin, überall dabei. Ich war auch gerade mit Katja Suding, Nicola Beer und Christian Lindner beim Dreikönigstreffen: Aufbruchstimmung, neuer Esprit, neues Gesicht! Man merkt, dass sich was getan hat und sich etwas bewegt. Man sieht ja auch die Umfragen: Immerhin vier Prozent - das hat sich fast verdoppelt. Ich warte jetzt auf sechs, sieben, acht Prozent. Ich war gestern in Hamburg und habe Katja unterstützt. Und ich kann mich da auf die Hamburger verlassen; die werden dann auch zu uns nach Bremen kommen. Da halten wir zusammen - trotz der besonderen gegenseitigen „Zuneigung“, die man beiden Städten ja nachsagt (lacht). Wissen Sie, was der Norden ist? Kompetent, hübsch, hanseatisch. ●



FUNDSTÜCK

EINE EINS MIT DREIZEHN NULLEN!



Dieser Geldschein mit dem Nennwert von zehn Trillionen Dollar wurde 2008 von der Nationalbank Simbabwes ausgegeben. Die von der Regierung Simbabwes politisch bestimmte Geldmengenpolitik der Reserve Bank hatte seit Längerem zu hohen Inflationsraten geführt. Von Anfang 2008 bis Anfang 2009 herrschte in **SIMBABWE HYPERINFLATION** mit allen negativen Begleiterscheinungen, bis schließlich die Währung aufgegeben werden musste. Im Juli 2008 betrug die Inflationsrate 231.000.000 Prozent. Die Preise verdoppelten sich nahezu

täglich. 2009 ließ die Regierung des afrikanischen Landes schließlich Fremdwährungen zu und legalisierte damit die ohnehin verbreitete Praxis, mit Rand, Euro oder US-Dollar zu bezahlen. Die vorbedruckten Banknotenpapierbögen für das Spielgeld stammten übrigens von einem deutschen Lieferanten.

WUTPROBE

Alles ist vergeben

// TEXT // DAVID HARNASCH

// ILLUSTRATION // ERNST MERHEIM

Das Massaker in Paris war leider viel zu erwartbar, um halbwegs aufmerksame Zeitgenossen „schockieren“ zu können. Empörung war die angemessene Reaktion, übrigens auch auf die mediale „Aufarbeitung“: Noch bevor die vier Juden beerdigt waren, die aus dem einzigen ganz konkreten Grund ermordet wurden, dass sie Juden sind, drehte sich der mediale Diskurs ausschließlich um die Frage, welche eventuellen Unannehmlichkeiten aus potenziellen Reaktionen auf das Gemetzel die wichtigere Minderheit zu gewärtigen haben könnte.

Die Stimmung wütender Solidarität in der gesamten westlichen Welt war noch auf ihrem Höhepunkt, als die überlebenden Redakteure das von Zeichner Lutz entworfene Cover der Folgeausgabe von Charlie Hebdo der Weltöffentlichkeit vorstellten. Es bedarf keiner prophetischen (excuse the pun) Fähigkeiten, um dem weinenden Mohammed mit „Je suis Charlie“-Schild unter der Überschrift „Tout est pardonné“ schon jetzt einen Status als eines der wirkmächtigsten Kunstwerke des Jahrhunderts zuzugestehen. Nie sah ich eine Karikatur, die gleichzeitig so treffend, berührend, tröstend, originell, klug, politisch inkorrekt und dabei erstaunlicherweise auch noch witzig ist. Eine Zeichnung, die dem Betrachter minutenlang die Sprache nimmt und ihn zu Tränen röhrt. Nie war ein so naives, einfaches Bildchen auf so vielen Ebenen perfekt



treffend: Lutz hat in unendlicher Großzügigkeit die Kriegserklärung der Fundamentalisten dankend abgelehnt, ohne dabei ein Jota zurückzuweichen. Charlie vergibt dem Islam. Ein gütiger, trauriger Mohammed vergibt Charlie. Oder gerade nicht? Schließlich handelt es sich um Satire. Fantastische Ambivalenz, aus tiefster Trauer geschöpft.

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten, Ambivalenz halten Religionen bekanntlich nicht aus: In Pakistan, Algerien und Palästina gab es Demonstrationen und gewalttätige Krawalle. In Niger brannte ein französisches Kulturzentrum, vier Menschen wurden getötet, über 40 verletzt. Hunderte Menschen waren zuvor nach dem Freitagsgebet vor das Kulturzentrum gezogen. Sie trugen Plakate: „Ich bin Mohammed, nicht Charlie“. Das, liebe Demonstranten, ist die Ursache für viele Missstände, unter denen Ihr zu leiden habt, und also Euer sehr gravierendes Problem. Nicht unseres. ●

Wie die Große Koalition die Freiheit wegreguliert

Im Namen der Gerechtigkeit schränkt die Regierung individuelle Rechte ein, findet **Dorothea Siems**. Mit Frauenquote, erzwungener Tarifeinheit, Mietpreisbremse und Mindestlohn marschiere Deutschland in Richtung durchregulierte Wirtschaft. Für diesen hier gekürzt wiedergegebenen Beitrag haben unsere Leser Siems zur „Autorin der Freiheit“ im Januar gewählt.



ZUR PERSON

DOROTHEA SIEMS studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte mit einem Thema aus der Außenwirtschaftspolitik Japans an der FU Berlin. Ab 1994 war sie Redakteurin bei der *Wirtschaftswoche*, ab 1996 dann Wirtschaftsredakteurin der *Welt*. 1999 wurde sie Parlamentskorrespondentin der *Welt*, seit 2010 ist sie dort Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik.

Stimmen auch Sie jeden Monat ab unter libmag.de

Mangelnden Fleiß kann man dieser Bundesregierung nicht vorwerfen. Emsig arbeiten die Kabinettsmitglieder den Koalitionsvertrag Punkt für Punkt ab. Viele Großprojekte wie das Rentenpaket oder der Mindestlohn wurden bereits abgehakt. Nun kommt das Gesetz zur Frauenquote an die Reihe. Wieder einmal wird eine vermeintliche Gerechtigkeitslücke bekämpft. In Zukunft müssen Männer von Rechts wegen diskriminiert werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch Vorstandsposten und kleinere Betriebe an der Reihe sein werden.

Und was ist eigentlich mit ethnischen Minderheiten, Ostdeutschen und anderen Gruppen, die sich auf Chefpos-ten unterrepräsentiert fühlen?

Nach einem Jahr Großer Koalition ist die Liste der Dinge, die uns künftig verboten sein werden, schon erschreckend lang geworden. Der Gesetzgeber schreibt demnächst vor, wie viel man seinen Mitarbeitern - unabhängig von allen Rentabilitätsrechnungen - mindestens zu zahlen hat. Dass manche Arbeitnehmer dabei ebenso auf der Strecke bleiben werden wie Betriebe, die günstig produzieren müssen, um am Markt bestehen zu können, ficht die Koalitionäre nicht an.

Um „Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“ (Andrea Nahles) geht es auch, wenn demnächst die Zeitarbeit und die Werkverträge schärfer reguliert werden und somit weitere Eingriffe in die unternehmerische Freiheit drohen. Je mehr der Gesetzgeber reguliert, desto mehr muss in den Betrieben dokumentiert und kontrolliert werden. So wächst nicht die Wirtschaft, sondern nur die Bürokratie.

Auch der Wohnungsmarkt ist vor der Regulierungswut dieser Regierung nicht sicher. Die angestrebte Mietpreisbremse werde dafür sorgen, dass Wohnraum bezahlbar

bleibe, versichert die Koalition. Doch das Versprechen wird sie nicht halten können. Im Gegensatz zu Italien oder Frankreich wohnt hierzulande die Mehrheit der Bevölkerung zur Miete.

Für diese Gruppe etwas zu tun ist somit populär. Doch wer bei stark steigenden Immobilienpreisen die Mieten deckelt, sorgt dafür, dass Investoren weniger bauen. Der Eingriff in das Eigentumsrecht der Vermieter verknapp langfristig den Wohnraum und schadet am Ende allen. Doch SPD und Union bedeutet die soziale Geste mehr als die wirtschaftliche Vernunft.

Keine im Bundestag vertretene Partei stört sich an der permanenten Beschniedung individueller Freiheitsrechte. Schlimmer: Ob Frauenquote, Mietpreisbremse oder Mindestlohn - stets fordern Linke und Grüne noch viel stärkere Regulierungen, als SPD und Union beschließen. Und die FDP, die in der vergangenen Legislaturperiode vieles von dem verhindert hat, was jetzt meist völlig reibungslos durchgeht, wird als außerparlamentarische Opposition kaum mehr wahrgenommen.

Dass CDU-Chefin Angela Merkel die Wirtschaftspolitik auf dem Kölner Parteitag in den Mittelpunkt rückte, um zurück in Berlin sogleich die Frauenquote durchzuwinken, ist absurd. Das Gleiche gilt für die Bemühungen des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, sich als legitimer Erbe Ludwig Erhards zu positionieren. Markteingriffe und die Beschränkung des Wettbewerbs waren dem Vater des deutschen Wirtschaftswunders ein Gräuel. Den heutigen Koalitionären scheint dagegen nichts ferner zu liegen, als dem Markt zu trauen. Im Zweifel entscheiden sich SPD und Union in Wirtschaftsfragen heute gegen die Freiheit. ●

Alles im grünen Bereich



Dachbegrünung für 210 qm
befestigte Dachfläche +
Zisternentechnik +
Versickerungseinrichtung

**gesamt
12.000,- €**

Quelle: Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Baden-Württemberg e. V.



Bei guter Vorplanung steigen die Baukosten durch
Türverbreiterungen, Veränderungen der Türrichtungen,
Vergrößerungen Bad/WC, Barrierefreiheit Balkon/Terrasse
sowie der Wohnungszugangsmöglichkeiten um

5 - 10% pro qm

Quelle: Haus & Grund Würtemberg



Kleinwindanlage,
600 Watt,
mit Halterung

**netto circa
2.000,- €**

Quelle: Bundesverband
Kleinwindanlagen e. V.



5-kWp-Photovoltaikanlage inklusive
Installation, je nach Technologie,
Qualität und Extras

Quelle: Bundesverband Solarwirtschaft e. V.





Bauherren in Baden-Württemberg sind nicht zu beneiden: Mit der neuen Landesbauordnung (LBO) setzt die grün-rote Koalition im Ländle Maßstäbe in Sachen ideologisch motivierter Gängelung.

Als „Meilenstein der Entbürokratisierung“ feierte im Jahre 2010 der hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) die von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung in Wiesbaden verabschiedete novellierte Bauordnung. Fortan sollte, so Posch, nur noch für Hochhäuser, große Bürogebäude, Hallen und sonstige Sonderbauten eine umfassende bauaufsichtliche Prüfung erforderlich sein. Alle Vorhaben, die keine Sonderbauten sind und für die es einen Bebauungsplan gibt, können seither baugenehmigungsfrei errichtet werden. Das Ziel: Bauen sollte einfacher und günstiger werden. Nicht zuletzt deshalb entzog die Landesregierung den Kommunen das Recht, eigenständig Klimaschutzzsatzungen zu erlassen.

Ende vergangenen Jahres gingen die Koalitionäre im benachbarten Baden-Württemberg den umgekehrten Weg: Mit dem erklärten Ziel, soziale und ökologische Verbesserungen voranzubringen, schuf Verkehrs- und Infrastrukturminister Winfried Herrmann (Grüne) ein Regelungsmonstrum, das Verbände der Wohnungswirtschaft und des Handwerks gleichermaßen auf die Barrikaden brachte.

So müssen Häuslebauer, sofern ihr neues Heim über keinen Garten verfügt, fortan Dach oder Fassade begrünen. Bei pflichtgedämmten Gebäuden schon aus statischen Gründen kein einfaches Unterfangen und zudem im Unterhalt ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor. Zwar setzt die LGO diese Verpflichtung unter die Bedingung der „wirtschaftlichen Zumutbarkeit“ - allerdings ohne diese näher zu definieren.

Überdies sind für jede Wohnung zwei wettergeschützte Fahrradstellplätze und auch für gemischt genutzte Gebäude Parkplätze für Rollatoren und Kinderwagen vorzuhalten. Selbst kleine Bäcker, die ein paar Sitzplätze zum Verzehr von Speisen und Getränken anbieten, müssen ihre Räumlichkeiten künftig behindertengerecht ausstatten.

Barrierefrei erreichbar sein soll künftig in Wohngebäuden mit mehr als zwei Wohnungen mindestens die Wohnung eines Geschosses, wobei in dieser die Wohn- und Schlafräume, eine Toilette, ein Bad und die Küche nicht nur wie bisher mit dem Rollstuhl nutzbar sein müssen, sondern dies fortan ebenfalls barrierefrei. Erleichtert wird hingegen die Errichtung von Solar- und Kleinwindanlagen, Letztere darf nun so ziemlich jeder in seinem Garten betreiben. Grund für die „Großzügigkeit“: Seit 2010 müssen im Ländle nach einem Heizkesseltausch in Wohngebäuden zehn Prozent der Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugt werden.

„Grün-Rot beglückt die Bürger mit Fahrradstellplätzen und begrünten Dächern und Fassaden - zahlen müssen es aber Mieter, Bauherren und Betriebe“, monierte Landeshandwerkpräsident Joachim Möhrle, der nach der Verabschiedung des neuen LBO im November den „gesunden Menschenverstand“ in dem Regelwerk vermisste. Die Landesvereinigung Bauwirtschaft rechnet wegen der Vorschriften mit „ausufernden Kosten“. ●



Bekenntnis zur Freiheit

Der peruanische Schriftsteller **Mario Vargas Llosa** sprach im August auf der 5. Lindauer Tagung der Wirtschaftswissenschaften vor 17 Wirtschaftsnobelpreisträgern und mehr als 450 Nachwuchswissenschaftlern aus über 80 Ländern über die Bedeutung des Liberalismus. Die Stiftung „Lindauer Nobelpreisträgertreffen am Bodensee“ organisiert das jährliche Treffen, um Preisträger mit jungen Wissenschaftlern zusammenzubringen. *liberal* dokumentiert Auszüge der Rede des Literaturnobelpreisträgers.

Ich danke dem Kuratorium für die Tagungen der Nobelpreisträger in Lindau für die Einladung, diesen Vortrag zu halten, weil bei dieser Einladung nicht nur meine literarische Tätigkeit, sondern auch meine Ideen und politischen Ansichten berücksichtigt wurden. In der Welt, in der ich mich am häufigsten bewege, in Lateinamerika, den USA und Europa, folgt dem Lob, das meinen Romanen und Essays von Einzelpersonen oder Institutionen gezollt wird, üblicherweise der Zusatz: „Das heißt aber nicht, dass wir seine Vorbehalte oder politischen Ansichten teilen.“ Ich habe mich zwar an diese zweigeteilte Wahrnehmung meiner Person gewöhnt, bin aber glücklich darüber, am heutigen Tag als ganzes Individuum wahrgenommen zu werden und nicht dieser schizophren anmutenden Doppeldeutung ausgesetzt zu sein.

Nun ist es an der Zeit, meinen politischen Standpunkt zu erläutern

Ich fürchte, es reicht nicht zu behaupten, ich sei ein Liberaler. Schon dieser Begriff selbst birgt die erste

Komplikation. Wie Sie bestimmt wissen, hat das Wort „liberal“ unterschiedliche, oft sogar gegensätzliche Bedeutungen, je nachdem, von wem und wo es gebraucht wird. Meine Großmutter Carmen etwa nannte einen Mann „liberal“, wenn er einen lockeren Lebenswandel pflegte. Die prototypische Reinkarnation eines Liberalen war für sie ein legendärer Vorfahre von mir, der seiner Frau erzählte, dass er eine Zeitung kaufen gehe, und nie zurückkehrte. Seine Familie hörte nichts mehr von ihm, bis er 30 Jahre später in Paris starb.

In den Vereinigten Staaten ist das Wort „liberal“ politisch links konnotiert. In Lateinamerika und Spanien dagegen, wo dieses Wort geprägt worden war, um Rebellen zu beschreiben, die gegen die Besatzung durch Napoleon kämpften, nennen sie mich einen Liberalen - oder, schlimmer noch, einen Neoliberalen -, um mich zu diskreditieren, weil die politische Perversion unserer Semantik den ursprünglichen Terminus transformiert hat. Statt eines freiheitsliebenden Menschen, der sich gegen Unterdrückung erhebt, bezeichnet „liberal“ konservative oder reaktionäre Ansichten.

»

In Lateinamerika war der Liberalismus eine fortschrittliche intellektuelle und politische Philosophie, die sich im 19. Jahrhundert gegen Militarismus und Diktatur stellte, die Trennung von Staat und Kirche sowie die Gründung einer demokratischen, zivilgesellschaftlichen Kultur forderte. In den meisten Ländern wurden Liberale von den brutalen Regimen, die mit Ausnahme von Chile, Costa Rica und Uruguay überall auf dem Kontinent prosperierten, verfolgt, ins Exil getrieben, ins Gefängnis geworfen oder umgebracht.

Im 20. Jahrhundert dann war die Revolution - und eben nicht die Demokratie - höchstes Ziel der politischen Avantgarde. Und diese Leidenschaft teilten auch viele junge Menschen, die gern dem Beispiel Fidel Castros gefolgt wären. Vor diesem Hintergrund wurden Liberale als Konservative, als Verteidiger des Status quo angesehen und nur wenige waren noch mit

Der Liberale, wie ich einer sein möchte, betrachtet die Freiheit als Grundwert. Die Basis dieser Freiheit sind Privateigentum und Rechtsstaatlichkeit.

den ursprünglichen Ideen und wahren politischen Zielsetzungen des Liberalismus vertraut.

Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts setzte ein Wandel ein, und der Liberalismus wurde als Position erkannt, die sich von der marxistischen Linken ebenso klar abhebt wie vom Rechtsextremismus. Dieser Wandel wurde nicht zuletzt möglich, zumindest soweit er die kulturelle Sphäre betraf, durch den Mut und das Engagement des mexikanischen Poeten und Essayisten Octavio Paz und die von ihm herausgegebenen Zeitschriften „Plural“ und „Vuelta“. Nach dem Mauerfall in Berlin, dem Kollaps der Sowjetunion und der Verwandlung Chinas in einen kapitalistischen (wenn auch autoritären) Staat, entwickelten sich auch in Lateinamerika neue politische Ideen, und der Freiheitsgedanke gewann spürbar an Bedeutung.

Der Liberalismus ist keine Ideologie, sondern eine offene, entwicklungsfähige Lehre, die sich in die gegebene Realität einbringt, statt der Realität selbst Veränderungen aufzuzwingen, weshalb es unter bekennenden Liberalen unterschiedliche Strömungen und zwischen ihren Ansichten bedeutende Diskrepanzen gibt.

Agnostiker, wie ich einer bin, ebenso wie Verfechter einer Trennung von Kirche und Staat, treten für die Entkriminalisierung von Abtreibung, Schwulenehe und Drogenkonsum ein und ernten manchmal harsche Kritik von anderen Liberalen, die in diesen Belangen konträre Ansichten haben. Solche Meinungsunterschiede sind jedoch gesund und sinnvoll, sie verletzen auch nicht die Grundprinzipien des Liberalismus: das Bekenntnis zur Demokratie, zur freien Marktwirtschaft und zum Primat der Interessen des Individuums gegenüber denjenigen des Staates.

Es gibt Liberale, die in der Wirtschaft die Lösung aller Probleme und im freien Markt ein Allheilmittel sehen, das Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung beseitigt. Solche Liberale, nachgerade lebende Algorithmen, haben der Freiheit manchmal mehr Schaden zugefügt als die Marxisten - die eigentlichen Vorkämpfer der absurden These, dass die Wirtschaft die treibende Kraft der Geschichte ist. Das stimmt einfach nicht. Ideen und Kultur sind es, die den Unterschied zwischen Zivilisation und Barbarientum ausmachen, nicht die Wirtschaft. Diese kann im Alleingang vielleicht auf dem Papier schöne Resultate produzieren, aber sie verschafft dem Leben keinen Sinn. Der freie Markt ist der beste existierende Mechanismus, um reiche Menschen zu produzieren und - wenn er mit dem sinnvollen Aufbau von Institutionen und einer Kultur der Demokratie einhergeht - den materiellen Wohlstand einer Nation in jene spektakulären Höhen zu treiben, die uns vertraut sind. Aber der freie Markt ist ein unnachgiebiges Instrument, das ohne eine spirituelle und intellektuelle Komponente, die von der Kultur repräsentiert wird, das Leben zu einem grausamen, selbstgerechten Kampf machen kann.

Der Liberale, wie ich einer sein möchte, betrachtet die Freiheit als Grundwert. Die Basis dieser Freiheit sind Privateigentum und Rechtsstaatlichkeit; dieses System garantiert ein Minimum an Ungerechtigkeit und ein Maximum an materiellem und kulturellem Fortschritt, es beugt am wirksamsten der Gewalt vor und verschafft den Menschenrechten die größte Achtung. Nach dieser Interpretation des Liberalismus ist Freiheit ein einziges und einheitliches Konzept. Politische und ökonomische Freiheit sind so untrennbar wie die zwei Seiten einer Medaille.

Freiheit als solche wurde in Lateinamerika oft nicht verstanden, weshalb viele Versuche der Demokratisierung gescheitert sind. Entweder respektierten

die jungen Demokratien zwar die politische, nicht aber die ökonomische Freiheit, was unweigerlich zu noch mehr Armut, Ineffizienz und Korruption führt; oder autoritäre Regime gelangten an die Macht, die überzeugt waren, dass nur eine eiserne Hand und eine repressive Staatsführung das Funktionieren des freien Marktes garantieren können.

Ein demokratisches Staatssystem, Pressefreiheit und der freie Markt sind Grundpfeiler einer liberalen Position. Aber so formuliert, haben die drei nur eine abstrakte, mathematische Bedeutung, die sie enthumanisiert und ihrer Bedeutung für das alltägliche Leben der Menschen nicht gerecht wird. Liberalismus ist unendlich viel mehr als diese eher abstrakten Begriffe. Er bedeutet Toleranz und Respekt für andere, und ganz besonders für diejenigen, die anders sind und anders denken als wir selbst, die anderen Brüder folgen und einen anderen Gott - oder gar keinen - verehren.

Die Bereitschaft, mit denen zusammenzuleben, die anders sind, war vielleicht der außergewöhnlichste Schritt auf dem Weg des Menschen zur Zivilisation. Ein Schritt, welcher der Demokratie vorausging und sie überhaupt erst möglich machte; der entscheidender als jede wissenschaftliche Entdeckung und jedes philosophische System dazu beitrug, den Machtwillen des Menschen zu zähmen. In ihm liegt auch die Quelle jenes instinktiven Misstrauens gegenüber der Macht, das uns Liberalen zu einer Art zweiter Natur geworden ist.

Wir kommen nicht ganz ohne Macht aus, außer natürlich in den hübschen Utopien der Anarchisten. Doch Macht kann kontrolliert und ausbalanciert werden. Denn die Freiheit innerhalb einer Gesellschaft bemisst sich am Grad der Autonomie, welche die Bürger in der Gestaltung ihres Lebens und in der Verwirklichung ihrer persönlichen Ziele genießen.

Der Kollektivismus war eine unumgängliche Frühphase der Menschheitsgeschichte, als das Individuum noch untrennbar mit der Sippe verbunden und sein Überleben von ihr abhängig war. Doch der Kollektivismus lebte durch die Jahrhunderte in Ideologien und Lehren fort, die den Wert des Individuums primär in seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe sahen, sei sie nun durch Rasse, Klasse, Religion oder Nationalität definiert. All diese Doktrinen - Nationalsozialismus, Faschismus, religiöser Fanatismus, Kommunismus, Nationalismus - sind natürliche Feinde der Freiheit und erbitterte Gegner des Liberalismus.

Der große liberale Denker Ludwig von Mises lehnte die Idee liberaler Parteien klar ab. Seiner Meinung nach würden solche politische Gruppierungen die Essenz des Liberalismus verraten, indem sie ihn monopolisierten und in den Dienst parteiinterner Machtkämpfe zwängten. Vielmehr sollte die liberale Philosophie seiner Meinung nach eine generelle Denkkultur sein, die sich allen politischen Strömungen und Bewegungen in einer offenen, demokratischen Gesellschaft mitteilt. Es steckt viel Wahrheit in dieser Theorie. In der jüngeren Vergangenheit haben wir konservative Regierungen gesehen - etwa jene Ronald Reagans, Margaret Thatchers oder José María Aznars -, die essenziell liberale Reformen initiierten; und andererseits nominell sozialistische Staatsoberhäupter - Tony Blair, Ricardo Lagos in Chile oder dieser Tage José Mujica in Uruguay -, deren Wirtschafts- und Sozialpolitik nur mit dem Wort „liberal“ adäquat zu beschreiben ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht mehr die Ideologie der Revolution, sondern der Populismus Haupthindernis des Fortschritts in Lateinamerika. Man kann Populismus auf vielerlei Arten definieren; am treffendsten wohl als eine demagogische Sozial- und Wirtschaftspolitik, welche die Zukunft des Landes einer vergänglichen Gegenwart opfert. Auf diese Weise hat die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner den Kurs ihres verstorbenen Gatten fortgesetzt - mit feuriger Rhetorik, Nationalisierungen, Interventionismus, Überwachung, Unterdrückung der unabhängigen Medien; eine Politik, die eines der potenziell wohlhabendsten Länder dieser Erde an den Rand des Abgrunds geführt hat.

Sogar viele Linke haben mittlerweile widerstreitend der Privatisierung von Pensionsfonds zugestimmt - dies ist bis heute in elf lateinamerikanischen Ländern geschehen -, während die rückwärtsgewandte Linke in den USA sich weigert, die sozialen Sicherungssysteme zu privatisieren.

Diese lateinamerikanischen Beispiele beweisen eine gewisse Modernisierung der Linken, die damit auch zugibt - ohne es jedoch selbst anzuerkennen -, dass der Weg zum ökonomischen Erfolg und zu sozialer Gerechtigkeit nur mithilfe der Demokratie und des Marktes gegangen werden kann. Dies ist eine Einsicht, die wir Liberalen lange gepredigt haben. ●

DIESER BEITRAG ERSCHIEN URSPRÜNGLICH IM *TAGESSPIEGEL*.
ÜBERSETZUNG: NIK AFANASJEW



ZUR PERSON

Der peruanische Schriftsteller **Mario Vargas Llosa** ist nicht nur Träger des Literaturnobelpreises 2010, zwei Jahre zuvor verlieh ihm die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihren Freiheitspreis. Damit wurde nicht nur das literarische Werk Vargas Llosas gewürdigt, sondern auch sein Engagement für liberale Werte in Lateinamerika. 1990 bewarb sich Vargas Llosa um das peruanische Präsidentenamt und scheiterte erst in der Stichwahl. Er tritt konsequent für Bürgerrechte, die Privatisierung von Staatseigentum und eine freie Marktwirtschaft ein, womit man sich in Lateinamerika nicht nur Freunde macht.



11. Januar 2015 in Berlin

Nach den Terroranschlägen von Paris versammelten sich am Brandenburger Tor in Berlin 10.000 Menschen, um gegen Hass und Gewalt aufzurufen. Verbände der Muslime und Türken in Deutschland hatten die Demonstration initiiert. „Wir alle sind Deutschland“, sagte Bundespräsident Gauck bei der Mahnwache. „Wir schenken euch nicht unsere Angst. Euer Hass ist unser Ansporn.“ Auch Mitarbeiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der *liberal*-Redaktion nahmen teil.

Foto: Reuters/H. Hanschke





Lasst die afghanischen Helfer nach Deutschland!

Sie riskieren an der Seite der Bundeswehr in Afghanistan ihr Leben und das ihrer Familien. Doch wenn sie später der Gefahr in ihrer Heimat nach Deutschland entkommen wollen, haben sie gegenüber anderen Asylbewerbern kaum Startvorteile. Deutschland knausert und ist bürokratisch, wo Dankbarkeit, Großzügigkeit und schnelle Hilfe angebracht wären.

// TEXT // **TORSTEN HEINRICH**



Bei 1.500 Afghanen haben in deutschen Feldlagern zu Hochzeiten als sogenannte „Ortskräfte“ gedient. Anders als in deutschen Kasernen wurden die Toiletten und Unterkünfte in afghanischen Feldlagern nicht durch Soldaten, sondern von einheimischen Helfern gereinigt. Wenn deutsche Soldaten hinter Sandsäcken sicher vor feindlichem Beschuss waren, dann waren diese Säcke von afghanischen Händen befüllt worden. Fahrer transportierten Waren für die Soldaten, und afghanische Friseure schnitten den deutschen Soldaten die Haare.

Doch nicht nur im Service deutscher Lager haben die Einheimischen geholfen, sondern sie haben auch als Dolmetscher die Soldaten hinaus ins Feld begleitet und in deutschen Feldlagern als Wachen gedient. In einigen Feldlagern war es ihre Aufgabe, die Pässe von Ankom-

Viele der ehemaligen Beschäftigten oder noch Angestellten haben längst Todesdrohungen per Brief oder Anruf erhalten.

menden zu kontrollieren. Bei Anschlägen wären sie die erste Verteidigungslinie gewesen. Sie hätten als Erste den Attentäter ansprechen müssen und dabei gegebenenfalls ihr Leben verloren. Im Ganzen haben all diese Afghanen unseren Soldaten das Leben im Einsatzgebiet erleichtert und ihren Auftrag erst ermöglicht.

Mit diesem Dienst stellten sich die Einheimischen jedoch nicht nur an die Seite der Bundeswehr und der ISAF-Mission, sondern auch gegen die Taliban. Erhalten haben sie dafür nicht nur ein nach lokalen Maßstäben sehr gutes Gehalt, sondern auch eine verbindliche Zusage: Der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière hatte den Helfern in einer Videobotschaft versprochen, dass Deutschland ihnen helfen werde, wenn ihre Sicherheit bedroht sei.

Zugesagte Unterstützung bleibt aus

Die Antwort auf den „Verrat“ der Ortskräfte an den Taliban ließ nicht lange auf sich warten. Viele der ehemaligen Beschäftigten oder noch Angestellten haben längst Todesdrohungen per Brief oder Anruf erhalten. Für die Taliban, aber auch für einige andere Einheimische, sind jene Afghanen, die in Diensten ausländischer Streitkräfte gestanden haben, Verräte. Wie ernst diese Drohungen zu nehmen sind, haben die Taliban immer wieder bewiesen. Längst haben Ortskräfte der Bundeswehr und anderer Nationen mit ihrem Leben für den Dienst bezahlen müssen.

Dschawad Wafa war als Dolmetscher für das deutsche Kontingent beschäftigt. Seit 2009 hatte er für die deutschen Soldaten in der „Task Force Kunduz“ gearbeitet und zunächst 400, dann 660 Euro im Monat erhalten. Als die Bundeswehr ihren Abzug aus Afghanistan begann, wurde der junge Afghane ab Januar 2013 nicht mehr benötigt. Er wurde, wie viele seiner Kollegen, entlassen.

Während seiner Dienstzeit hatte er einen Brief bekommen, in dem es hieß, man wisse, er arbeite für die Ausländer, und solle Geheimnisse liefern, sonst würde er getötet werden. Der *Spiegel* berichtet von dieser Geschichte und schreibt, Wafa habe den Drohenden keine Informationen geliefert.

Im April 2013 demonstrierte Dschawad Wafa noch mit ehemaligen Kollegen vor dem Feldlager gegen die ausbleibende Unterstützung der Deutschen, die zuvor »

seine Hilfe dankbar angenommen hatten. Er bat um seine Rettung nach Deutschland, da er sein Leben bedroht sah.

Anders als vielen seiner Kollegen wurde ihm die Ausreise gewährt. Er war im Begriff, die notwendigen Papiere zu besorgen, die ihm eine Ausreise nach Deutschland ermöglicht hätten. Doch bevor er das Land Richtung Deutschland verlassen konnte, wurde er am 24. November 2013 im Kofferraum eines Autos aufgefunden. Seine Hände waren auf den Rücken gebunden, ein Drahtseil lag um seinen Hals und eine Plastiktüte befand sich über seinem Kopf. Der frühere Dolmetscher für deutsche Soldaten war erwürgt worden.

Während die afghanische Polizei und die Bundeswehr zunächst anhand der Indizien von einem unpolitischen Mord ausgingen, führten die Ermittlungen schließlich zu zwei tatverdächtigen Männern. Einer davon war Maulawi Roshan, der Sohn eines lokalen Taliban-Kommandeurs.

Dschawad Wafas Gefährdung war seitens des Bundesinnenministeriums festgestellt worden, die zuständi-

Noch bevor er das Land in Richtung Deutschland verlassen konnte, wurde er im Kofferraum eines Autos aufgefunden.

ge Bürokratie hatte jedoch die Fragen der Kostenübernahme, der Unterbringung und des Ziel-Bundeslands noch nicht geklärt. Der Dolmetscher bezahlte diese bürokratische Verzögerung mit seinem Leben.

Ablehnungsquote beträgt 60 Prozent

Theoretisch sollten all diese ehemaligen afghanischen Angestellten der Bundesrepublik nun Hilfe von Deutschland erhalten können, auch indem sie Asyl erbeten. Genau hier liegt jedoch die Krux: Das deutsche Asylrecht erlaubt nur eine Beantragung, wenn der Antragsteller sich auf deutschem Boden befindet. Eine Beantragung in einer deutschen Botschaft im Heimatland ist nicht möglich. Für die afghanischen Helfer wurde daher ein System eingerichtet, das ihren Ansprüchen theoretisch genügen sollte.

Eine Kommission, zusammengestellt aus Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes und des Bundesinnnenministeriums, entscheidet über die Gefährdungsstufe und ermöglicht besonders gefährdeten Afghanen mit ihrer Familie die Übersiedlung. Wie in der deutschen Bürokratie üblich, wurden jedoch auch hier Fristen eingeführt. Ehemalige Mitarbeiter der aufgegebenen Feldlager Faizabad und Taloqan können nach diesen Regelungen keine Anträge stellen, weil die Feldlager schon vor dem Stichtag Juni 2013 geräumt waren. Nur wer dann noch bei der Bundeswehr beschäftigt war, hat ein Anrecht auf ein Visum für Deutschland.

Zum 7. Februar 2014 war erst 49 afghanischen Ortskräften mit 111 Familienangehörigen die Ausreise nach Deutschland ermöglicht worden. Eine Anfrage von den Grünen beantwortete die Bundesregierung am 29. April 2014 mit der Nennung von genauen Zahlen. So waren zu diesem Zeitpunkt 766 Anträge geprüft worden. 666 von Beschäftigten des Verteidigungsministeriums, 99 von Beschäftigten des Innenministeriums und ein Fall aus der Zuständigkeit des Außenministeriums. Von diesen 766 Anträgen waren zum 16. April 366 abgelehnt worden. Im Ganzen waren im April 2014 zwei Drittel aller Fälle entweder abgelehnt oder nicht bearbeitet worden. Nur 111 Ortskräfte waren bislang nach Deutschland ausgereist, mit 242 Familienangehörigen. Im Oktober 2014 berichtete der NDR in der Sendung *Panorama* davon, dass die Ablehnungsquote 60 Prozent betrage.



Völkerverständigung: Ein Sprachmittler der Bundeswehr übersetzt nahe der Stadt Pol-e Khomri das Gespräch zwischen einem deutschen Soldaten und einem afghanischen Polizisten.



Mit dem Abzug wächst die Angst: Der Übersetzer Barjalai Hoschmand (l.) hat vier Jahre für das deutsche Feldlager in Feisabad gearbeitet, Nasir Ahmad Jusufi (r.) im Feldlager Kunduz. Wenn die Bundeswehr ihre Zelte in Afghanistan abbricht, sind die Helfer schutzlos den auf Rache sinnenden Taliban ausgeliefert. In deren Augen sind die Männer Verräter.

Dabei ist die Bedrohungslage durchaus ernstzunehmend und Dschawad Wafa kein Einzelfall. Die dänische Einwanderungsbehörde schrieb in einem Bericht vom Jahr 2012, dass Afghanen im Kontakt mit US-Truppen vorrangige Ziele von Aufständischen seien. Dabei sei die Art der Zusammenarbeit irrelevant, zwischen Auftragnehmern, Fahrern oder Dolmetschern werde vonseiten der Taliban kein Unterschied gemacht. Die Zahl der Mordfälle an vermeintlichen „Verrätern“ wächst Jahr für Jahr. So hat die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) im Jahr 2011 durch „regierungsfeindliche Kräfte“ verursachte 495 Todesfälle von Regierungsmitarbeitern und Ortskräften erfasst. 2012 waren es 698 Opfer und 2013 bereits 743 Tote.

Erfüllung einer moralischen Pflicht

Doch nicht nur Deutschland geht mit seinen lokalen Helfern derart schäbig um. Eine viel gerühmte Reportage von *Vice News* handelte von der Bedrohung für afghanische Dolmetscher, die in US-Diensten standen, und ihren Schwierigkeiten, in Sicherheit zu gelangen. Auch John Oliver entlarnte das System in seiner erfolgreichen Talkshow *Last Week Tonight*, indem er darauf hinwies, dass ein lokales Maskottchen, ein Esel, prob-

lemlos in die USA evakuiert wurde. Menschen hingen nicht. Auch andere ISAF-Nationen üben eine ähnliche Zurückhaltung gegenüber den Ortskräften.

Wie es gehen kann, hat beispielsweise Australien gezeigt. Während das Land potenzielle illegale Einwanderer gerne noch auf dem Meer abfängt und dann in Auffanglagern in Papua-Neuguinea absetzt, haben Hunderte afghanische Helfer Flüchtlingsvisa erhalten und wurden bereits nach Australien geholt. Der Einwanderungsminister hatte die Aufnahme als „Erfüllung einer moralischen Pflicht“ bezeichnet. Deutschland täte gut daran, sich daran ein Beispiel zu nehmen.

Es stünde Deutschland gut zu Gesicht, wenn es all seinen afghanischen Helfern, ungeachtet der Einschätzung ihrer Bedrohungslage, eine Ausreise nach Deutschland ermöglichen würde. Im Ganzen wären dies gerade einmal 1.500 Menschen, zusammen mit etwa 3.600 Familienangehörigen. Deutschland würde nicht nur den tatsächlich Bedrohten unproblematisch und effektiv Hilfe leisten, es würde zudem ein großartiges Zeichen für die Zukunft setzen: „Wer uns hilft, dem helfen wir.“ Das ist eine Aussage, von der letztendlich auch unsere Soldaten bei ihren künftigen Einsätzen profitieren werden - denn sie werden auch in Zukunft einheimische Helfer brauchen. ●



TORSTEN HEINRICH,
arbeitet in Würzburg als
Publizist und Schriftsteller.
Neben Romanen publiziert der
Militärhistoriker zu
sicherheitspolitischen,
historischen und freiheitlichen
Themen.
heinrich.wue@gmail.com



WAGEN UND GEWINNEN

Von hanseatischer Weltoffenheit ist in Bremen heute nichts mehr zu spüren. Dafür kann die jüngere Geschichte des Stadtstaats aufzeigen, wohin Angst und Protektionismus führen. Sie ist womöglich Blaupause für das, was Europa und Deutschland blüht, wenn sich die TTIP-Skeptiker durchsetzen – wenn also Rege lungswut und Ressentiments über Unternehmergeist und den Markt triumphieren.

// TEXT // JAN-PHILIPP HEIN

ist die Gegenwart trist, kann der Blick in die Vergangenheit den Schmerz etwas lindern. Das kleinste Bundesland der Welt war mal mächtig und reich. Die Freie Hansestadt Bremen, wie es offiziell heißt, war eine Handelsgroßmacht. Die größten gesellschaftlichen Ereignisse beschwören das noch heute. Bei der Eiswette versammeln sich jeden Januar ein paar Hundert Herren im Smoking, um einen Kaufmannsbrauch von 1829 fortleben zu lassen. Ob „de Werser geiht or steiht“, die Weser also zugefroren oder befahrbar ist, wetten sie damals und tun dies auch heute noch. Der Gegenstand der Wette war für die Stadt von höchster Bedeutung. Fror der Fluss ein, brach der Handel ein.

Die Schaffermahlzeit ist wiederum das älteste sich jährlich wiederholende Brudermahl der Welt und gehört zu den gesellschaftlichen Ereignissen der Republik. Die Wurzeln dieses Traditionssitus liegen ebenfalls in der Seefahrt, also im Handel begründet. Seit 1545 verabschieden die Kaufleute im Rathaus der Stadt ihre Seefahrer zum Ende der winterlichen Eisperiode hin mit diesem Mahl.

Bremens Geschichte kreist um die Hanse. Es gibt eine Hanseatische Weinhandelsgesellschaft, ein Hanseatisches Oberlandesgericht, die Hanseatische Rechtsanwaltskammer und einen Hanseatischen Fliegerclub, dazu unzählige entsprechende Straßennamen. Auf dem Marktplatz wetteifern die prächtigen Fassaden von Handelskammer und Rathaus um die architektonische Hoheit. Dass es den Kaufleuten schon immer egal war, wer unter ihnen die Stadt regiert, ist ein geflügeltes Wort.

Doch man besinnt sich in Bremen seiner Geschichte nicht. Die Hanse ist nur Kulisse und keine gelebte Realität. Wie im Rest des Landes rümpft der rot-grün regierte Senat die Nase, wenn es um das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten geht. Skepsis ist angesagt, bei den Grünen noch etwas mehr als bei den Sozialdemokraten. Rot und Grün bilden in Bremen sogar eine Große Koalition, da die Grünen kurz nach Fukushima im Frühjahr 2011 bei den vergangenen Bürgerschaftswahlen die CDU abhängten.

Die Hanseaten haben ihre DNA vergessen, ist doch die Hanse der Vorläufer allen Freihandels. Über dem

**Die Hanse ist
nur Kulisse und
keine gelebte
Realität. Wie im
Rest des Landes
rümpft der rot-
grün regierte
Senat die Nase,
wenn es um das**

**Freihandels-
abkommen mit
den Vereinigten
Staaten geht.**

Portal des Hauses Schütting - das ist der bereits erwähnte prächtige Sitz der Handelskammer - steht geschrieben: „Buten Un Binnen, Wagen Un Winnen.“ Das bedeutet: „Draußen und drinnen, wagen und gewinnen.“ Hier ist auf den Punkt gebracht, was Unternehmergeist ausmacht.

Die Bremer Kaufleute suchten zu den stolzesten Zeiten der Stadt den Wettbewerb. Lübeck, Hamburg und eben Bremen sind die bedeutenden deutschen Hansestädte. Das im Mittelalter gegründete Bündnis verstand sich weniger politisch, sondern war im besten liberalen Sinne ein wirtschaftlicher Machtfaktor. Kaufleute bündelten städteübergreifend ihre Interessen und bauten Barrieren ab. Wechsel oder Schuldscheine machten den Tauschhandel weniger wichtig. Handelswege wurden gesichert. Kaum etwas verbindet so sehr wie Handel, kaum etwas stiftet so viel Frieden und Produktivität und damit Wohlstand wie Handel. Kein Wunder also, dass die Aufnahme in die Hanse recht formlos möglich war. Die Teilnahme der Kaufleute am Handel genügte. Mehr Handel und mehr Verflechtungen bedeuteten schließlich noch mehr Wohlstand. Handel ist das beste Mittel gegen Ressentiments.

»





**Nicht mehr der
freie Handel
und der Markt
sollen das
Primat haben,
sondern die
Politik.**

**Dass die Stadt
auch darüber
ihren
Wohlstand
verlor, will
freilich
niemand
wahrhaben an
der Weser.**

In Bremen findet man diesen Geist nicht mehr. So heißt es auf der Homepage der Grünen: „Ein breites Bündnis ruft anlässlich des europäischen Aktionstages gegen TTIP und CETA unter dem Motto „Bremen bleibt TTIP-frei!“ zur Beteiligung an der öffentlichen Kundgebung auf. Wir Grünen sind mit einem Stand vertreten und freuen uns auf Ihren/Euren Besuch.“ Das Ganze fand vor den Türen der Handelskammer statt.

Draußen und drinnen, wagen und gewinnen - das ist nicht mehr die Bremer Haltung. Stattdessen schottet sich die Stadt immer mehr ab. „Bio-Stadt Bremen“ heißt eine der jüngeren Initiativen, mit denen die eigentlichen Probleme des Bundeslandes von Bürger-schaft und Senat verdeckt werden. Möglichst regional soll in den Kanti-nen, Menschen und Kindergärten der Stadt gespeist werden. Aus dem internationalen Anspruch der einst stolzen Hansestadt wird lokales Klein-Klein. Nicht mehr der freie Handel und der Markt sollen das Pramat haben, sondern die Politik. Dass die Stadt auch darüber ihren Wohlstand verlor, will freilich nie-mand wahrhaben an der Weser.

Angst hat Visionen ersetzt. Chlorhühnchen, Schiedsgerichte, angeblich geringere Verbraucher-schutz- und Umweltstandards werden jetzt diskutiert. Nur wenige reden über die Chancen, neue Märkte, neue Ideen und neue Impulse. Soll doch der Atlantik zufrieren und den Handel mit den USA unmöglich machen.

Natürlich ist der Protest gegen das Freihandelsab-kommen mit den USA ein bundesweites Phänomen. Doch gerade die Geschichte einer Stadt wie Bremen kann aufzeigen, wohin Angst und Protektionismus führen können. Sie ist womöglich die Blaupause für das, was Europa und Deutschland blüht, wenn sich die TTIP-Skeptiker durchsetzen, wenn Regelungswut und Ressentiments über Unternehmergeist und den Markt triumphieren.

Es braucht wenig Fantasie, sich vorzustellen, wie die Kaufleute der Hanse ein weitreichendes Freihandels-abkommen mit den USA bejubelt hätten. Dass eine Wirtschaftsnation, die weltweit einen exzellenten Ruf wegen ihrer Maschinen und Autos, ihrer Präzision und ihres Erfindergeistes



Vielleicht der letzte Hanseat:
Klaus-Peter Schulenberg, Inhaber
der Ticketingfirma CTS Eventim

genießt, jetzt dem Wettbewerb eher ausweichen will, könnte ihnen keiner erklären. Auch nicht, dass eine Nation sich wünscht, dass ihre „Energiewende ein weltweiter Exportschlager“ wird, den eigenen Markt aber nur widerwillig öffnet.

Es ist bestimmt kein Zufall, dass die Freie Hansestadt Bremen dauernd auf den letzten Plätzen der bundesweiten Vergleiche zu finden ist - auch wenn Finanzsenatorin Karoline Linnert von den Grünen und der sozialdemokratische Bürgermeister Jens Böhrnsen nicht müde werden, immer und immer wieder auf die besonderen Probleme eines Stadtstaates zu verweisen. Im Bemühen, Gleichheit vor Wettbewerb zu stellen, stand das kleine Bremen stets ganz weit vorne. Zu Jahresbeginn war der Chef der Bremer Grünen stolz, dass es ein Mindestlohngesetz, wie es bundesweit gerade in Kraft trat, an der Weser schon seit längerer Zeit gibt.

Was Bremen angeht, besteht wenig Anlass zur Hoffnung. Bei den Bürgerschaftswahlen im Mai werden aller Voraussicht nach Sozialdemokraten und Grüne erneut das Mandat bekommen, den Zwei-Städte-Staat zu regieren. Das hat auch damit zu tun, dass die oppositionelle CDU seit Jahren nicht aus der Krise findet - weder personell noch inhaltlich. Es hat aber auch damit zu tun, dass die beiden Regierungsparteien das posthanseatische Lebensgefühl der Stadt perfekt bedienen.

Der erfolgreichste Unternehmer Bremens heißt übrigens Klaus-Peter Schulenberg. Seine Ticketingfirma CTS Eventim ist auf dem Weg zur weltweiten Marktführerschaft. Sein unternehmerisches Geschick wird weltweit gepriesen und beobachtet. Im öffentlichen Leben des kleinen Bremen sieht man den milliardenschweren Unternehmer hingegen so gut wie nie. Schulenberg ist nicht wegen, sondern trotz Bremen ein globaler Gigant geworden. Vielleicht der letzte Hanseat.

Wobei: Ewig wird auch das kleinste Bundesland der Welt nicht gegen seine genetische Grundausstattung handeln können. Wer weiß: Vielleicht besinnt man sich irgendwann auf die Geheimnisse längst vergangener Erfolge. Noch ist der Leidensdruck offenbar nicht hoch genug. ●



„Bio-Stadt Bremen“ heißt eine der jüngeren Initiativen, mit denen die eigentlichen Probleme des Bundeslandes von Bürgerschaft und Senat verdeckt werden.



JAN-PHILIPP HEIN sucht in den Kneipen des Bremer Viertels nach Resten des Liberalismus im Zwei-Städte-Staat. Erster Fund: Es gibt keine Sperrstunde. Sonst schreibt er für den *Focus* und arbeitet als Kolumnist.
redaktion@libmag.de

FLUCHTHELFER AUS

MYTHOS: Wirtschaftswachstum zerstört unseren Planeten und hilft nur den Reichen.

REALITÄT: Wachstum ist der effizienteste Fluchthelfer aus der Armut.

Es ist merkwürdig: Immer mehr Intellektuelle in Europa sind besorgt über das Wirtschaftswachstum. Wohlgerne: über das Wachstum selbst und nicht sein Ausbleiben. Sie sehen weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit, einen sehr langfristigen historischen Trend fortzusetzen. Im Gegenteil, sie plädieren nachdrücklich für ein Ende der Ära des Wachstums. Zur selben Zeit wünschen sich aber alle mehr langfristiges Wachstum für die europäischen Krisenländer. Wie passt das zusammen? Passt es denn überhaupt zusammen?

Eine Legende bahnt sich ihren Weg

Seit der Industrialisierung vor fast 200 Jahren wächst unsere Wirtschaft: mal ungewöhnlich schnell, mal langsamer und gelegentlich auch ganz normal im langjährigen Durchschnitt. Die gesamte westliche Welt hat seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens irgendwo zwischen eineinhalb und zwei Prozent pro Jahr erlebt. Über die Länge der Zeit addierte sich dies zu einem enormen Sprung des Wohlstands von der Massenarmut zum Massenwohlstand. Oder genauer: von einer Welt, in der es vielen schlecht und wenigen gutgeht, zu einer Welt, in der es umgekehrt ist.

Geht es nach den Wachstumskritikern, soll dieser Weg nicht weiter fortgesetzt werden. Der Grund: Die Menschen in der westlichen Welt haben genug an materiellem Wohlstand, und da gerade große Entwicklungs- und Schwellenländer dabei sind, in Sachen Lebensstandard nachzuziehen,

droht der Kollaps unseres Planeten - durch Übernutzung von Ressourcen und einen von Menschenhand verursachten Wandel des Klimas. Würden nämlich alle so wohlhabend werden wie wir, bräuchten wir als Ressource nicht eine Erde, sondern gleich mehrere. Also: Schluss mit dem Wachstum im heute schon reichen Teil der Welt und radikale Umlenkung unserer politischen und wirtschaftlichen Leistungskraft in Richtung Ressourcenschonung.

Allerdings: Viele Wachstumskritiker wählen als Maß für den Erfolg der Bekämpfung von Armut nicht den erreichten absoluten Lebensstandard, sondern den relativen, also relativ zu den wohlhabenden Gruppen der Gesellschaft. Es geht also gar nicht um die Bekämpfung der Armut, sondern um die Schere zwischen Arm und Reich. Dann allerdings ist das Bild differenzierter, denn die Schere schließt sich durch Wachstum nur, wenn die Armen schneller wachsen als die Reichen. International tun sie dies übrigens: China und Indien, um nur zwei große Länder zu nennen, sind noch arm, wachsen aber weit schneller als die reichen OECD-Länder, sodass die Einkommensverteilung zwischen armen und reichen Nationen dramatisch „gleicher“ geworden ist. Innerhalb einzelner Nationen ist das Bild allerdings höchst unterschiedlich - von Land zu Land, von Zeitraum zu Zeitraum.

Die Wachstumskritik vieler Intellektueller findet dennoch breite Resonanz in der Öffentlichkeit. Wir leben dabei in einem merkwürdig schizophrenen Zustand: Die Feuilletons sind voll von Rufen nach dem

Ende des Wirtschaftswachstums, während oft im selben Publikationsorgan in den Politik- und Wirtschaftsteilen unverdrossen Empfehlungen ausgesprochen werden, wie das Wachstum zu erhalten oder zu verstärken sei. Ähnlich ist es in der Politik: Flammande grundsätzliche Bekennnisse zu Maßhalten und Umkehr stehen neben Rezepturen für mehr Wachstum und kommen dabei gelegentlich vom selben Politiker.

Ganz offensichtlich ist dies in der derzeitigen Schuldenkrise: Fast alle wünschen sich mehr langfristiges Wachstum für Griechenland, Portugal und Spanien, und viele fordern gleichzeitig das Ende des Wachstums für Europa.

Schöpferische Zerstörung

Der Widerspruch hat viele Ursachen. Eine zentrale ist das Verständnis davon, was Wachstum überhaupt ist - für eine Wirtschaft und eine Gesellschaft. Bei den Wachstumskritikern herrscht fast unisono die Vorstellung, Wachstum sei im Wesentlichen ein quantitatives Phänomen: Die Wirtschaft produziert immer mehr Waren, die sich zu einem gewaltigen Güterberg auftürmen, der die materiellen Bedürfnisse der Menschen befriedigt, aber enorme Ressourcen verschlingt. In diesem Bild ist es durchaus naheliegend, ein Stoppsignal zu setzen, denn - so die Sicht - die dringlichen menschlichen Bedürfnisse nehmen ja nicht immer weiter zu. Der Preis des Verzichts auf zusätzliches Wachstum ist deshalb gering, schlimmstenfalls ein gewisses Maß an Selbstbescheidung.

Diese Sichtweise ist verführerisch. Sie weckt die Hoffnung auf ein Anhalten des Hamsterrades, in dem sich viele Menschen in der kapitalistischen Marktwirtschaft gefangen sehen. Sie verliert allerdings sehr schnell ihre Attraktivität, wenn man sich

DER ARMUT

klarmacht, dass eine ihrer zentralen Prämissen nicht stimmt: Wachstum in hochentwickelten Volkswirtschaften ist in hohem Maße nicht quantitativ, sondern qualitativ. In einem Land mit stagnierender Bevölkerungszahl entsteht Wirtschaftswachstum nur mehr durch die Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Waren und Dienstleistungen.

Es ist „schöpferische Zerstörung“, wie dies Joseph Schumpeter nannte: Altes verschwindet, Neues kommt. Der Wettbewerb sorgt für immer vielfältigere, bessere und auch umweltfreundlichere Güter. Geht es in armen Ländern der Welt vor allem noch um „mehr“ von allem, steht in der industrialisierten Welt der Wandel technischer Charakteristika der Produktwelt im Vordergrund.

Immerhin werden weite Bereiche von Kunst, Kultur und Sozialstaat aus den marktwirtschaftlichen Erträgen des Kapitalismus finanziert - über Steuern, Abgaben und Beiträge. Hinzu kommt, dass gerade auch die urbane Welt der Kreativität in einer modernen Gesellschaft aufs Engste mit kommerziellen Anwendungen verzahnt ist. Fehlt es dort an echten marktwirtschaftlichen Anreizen, überträgt sich die Müdigkeit der Wirtschaft auf den Kreativbereich der gesamten Zivilisation bis hin zur Subkultur der Aussteiger, die als explizites Gegenbild zumeist aus dem Kapitalismus selbst ihre Originalität und geistige Schlagkraft zieht. Denn Innovationen werden zunehmend nicht mehr monetär, sondern nur mehr moralisch belohnt - über einen Staat, der für die nötige Erziehung und Lenkung sorgt.

Es ist bemerkenswert, wie wenig die Verfechter des Wachstumsverzichts diese Konsequenzen ihrer weitreichenden politischen Empfehlung ins Auge fassen. Der Grund dafür liegt in einem Sicherheitsnetz, das sie - oft nur implizit - in ihre Argumenta-

tion einbeziehen. Denn während sie einerseits vehement gegen das Wachstum zu Felde ziehen, taucht das Wachstum an anderer Stelle in neuem Gewande wieder auf: ökologisch geläutert als „green growth“ (im Unterschied zum „brown growth“ der traditionellen Art).

Keine empirischen Belege

Ökonomisch begründet wird dies in aller Regel dadurch, dass den Technologien erneuerbarer Energien im Wesentlichen die gleichen produktivitätssteigernden Kräfte zugetraut werden wie vormals den Informationstechnologien. Ob dies tatsächlich so sein wird, ist allerdings höchst fraglich; jedenfalls gibt es dafür keine empirischen Belege. Im Gegenteil, viele Indizien sprechen dagegen, denn der Wandel der Energieversorgung von „brown“ zu „green“ schafft keine neue „general purpose technology“, die sich durch die gesamte Wirtschaft zieht, wie dies bei der Einführung der Mikroelektronik - und früher des elektrischen Stroms und der Dampfkraft - zu beobachten war.

Damit wird aber auch klar: Der Verzicht auf Wachstum ist eine abwegige Forderung. Sie bedeutet nämlich den Verzicht auf die Umsetzung von neuem Wissen in eine qualitativ bessere und vielfältigere Produktwelt, und zwar privatwirtschaftlich und gemeinnützigg. Wollen wir das wirklich? Wollen wir wirklich, dass die Entstehung und die Anwendung neuen Wissens gebremst werden? ●



Mehr Mythen und Fakten finden Sie in der Publikation „Anleitung zum Selberdenken – Wirtschaftspolitische Argumente statt Mythen“ des Liberalen Instituts, die Sie kostenlos bestellen oder herunterladen können unter: <http://bit.ly/1ArivRw>



Paralleluniversum

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Es gibt Anekdoten über Menschen aus Stammeskulturen, die fernab der technischen Zivilisation lebten. Als sie erstmals mit dem Fernsehen konfrontiert wurden, hätten sie geglaubt, so heißt es, dass in dem Flimmerkasten kleine Menschen wohnten. Dieser naive Trugschluss hat einen wahren Kern: Die Menschen im Fernsehen sind tatsächlich keine realen Menschen, sie tun nur so. Sie wurden von Redakteuren erschaffen, und von diesen mit Redakteursgedanken und Redakteursgefühlen ausgestattet.

Sehr deutlich wurde dies im Jahr 2011 bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg über das Bahnprojekt „Stuttgart 21“. Eine Mehrheit von 58,9 Prozent stimmte für den Weiterbau des neuen Tiefbahnhofs. Dies löste allgemeine Verwunderung aus. Denn als Fernsehzuschauer oder Zeitungsleser hatte man zuvor den festen Eindruck gewonnen, die braven Schwaben hätten sich zu 99 Prozent in Wutbürger verwandelt, denen die Platanen im Stuttgarter Schlossgarten wichtiger sind als eine bessere Anbindung ans Streckennetz. In so gut wie allen Berichten wurden die Proteste gegen den Bahnhofsneubau als Ausdruck eines breiten Volkswillens dargestellt.

Wer sich sein Bild von unserer Republik durch die Medien macht, könnte glauben, in einem Land von Vegetariern zu

leben, die sich in Großstädten auf Fahrrädern zu ihren akademischen Arbeitsplätzen bewegen und abends ins Theater gehen. Sie sind selbstverständlich gegen Atomkraft, kaufen im Bioladen oder auf Wochenmärkten.

Die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung stimmen mit dieser allgemein vermuteten Meinungslage und Lebensweise jedoch nicht überein. Weil aber viele glauben, dass alle anderen so sind wie die Fernsehmenschen, schweigen sie lieber, um nicht anzuecken. So entstehen virtuelle Mehrheiten.

Die meisten Deutschen haben nicht studiert, sie gehen nicht ins Theater, sondern lieber in Musicals. Sie kaufen beim Discounter, essen Fleisch und fahren gern Auto. Und sie gehen auch nicht demonstrieren, weder in Stuttgart gegen den Bahnhof noch in Dresden gegen den Untergang des Abendlandes.

Ein klassisches Missverständnis der Mediengesellschaft ist die Verwechslung von Meinungskundgebungen im öffentlichen Raum mit Mehrheiten. Beides hat in der Regel wenig bis nichts miteinander zu tun. Ob Massenkundbungen relevante Strömungen in der Bevölkerung repräsentieren, weiß niemand. „Demonstrationswissenschaft“ ist ein wenig beachtetes Fachgebiet. Aufmerksamkeit wird heutzutage mit professio-



nennen Mitteln der Eventkultur errungen. Von Greenpeace bis Pegida wissen die Kampagnenregisseure genau, wie man Bilder produziert und Aufmerksamkeit erzeugt.

Die mediale Verzerrung der Realität hat nichts mit einer Verschwörung der „Lügenpresse“ zu tun, wie die Demonstranten von Dresden glauben. Sondern ganz einfach mit geistiger Bequemlichkeit. Das in den Medien überproportional gezeichnete Milieu lebt so wie die meisten Journalisten. Selten bewegen sich Medienschaffende aus diesem Gesinnungskiez heraus.

Weniger als vier Prozent der Lebensmittel, die in Deutschland über die Ladentheke gehen, sind „bio“. Doch seltsamerweise führen die in journalistischen Text- und TV-Beiträgen sympathisch dargestellten Bauern fast immer einen Biohof. Ähnlich verhält es sich mit der Abkehr vom Fleisch. Während die Titelseiten der Illustrierten und Modemagazine den Veganismus feiern, ergeben Umfragen, dass zwei Prozent der Bevölkerung Vegetarier sind und weit unter ein Prozent vegan leben. Der falsche Eindruck entsteht, weil Journalisten PETA und Co. als Agendasetter akzeptieren.

Bei einer Umfrage des kanadischen Instituts Abacus Data in mehreren Ländern erklärten drei Viertel der Europäer, die

kommerzielle Nutzung von Tieren sei in Ordnung, sofern diese nicht grausam ist und die betreffende Art nicht bedroht.

Das überrascht, denn wer die Realität via Fernsehen wahrnimmt, bekommt ein ganz anderes Bild: Europa erscheint dort als Kontinent der Veganer, auf dem Jagd und Landwirtschaft unter Generalverdacht stehen und vehement abgelehnt werden.

Kein Mensch hätte auf solch ein Ergebnis gewettet. So eindeutig erschien die Einstellung der großen Mehrheit. Es wäre interessant, auch andere vermeintliche Konsensthemen zu überprüfen. Vielleicht trüten noch mehr Überraschungen zutage. ●

MICHAEL MIERSCH ist seit November 2014 Geschäftsführer des „Forum Bildung Natur“ des Bildungszweiges der Deutschen Wildtier-Stiftung. Zuvor war der Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autorenblogs *Die Achse des Guten* Ressortleiter Forschung beim Magazin *Focus*.
Website: www.maxeiner-miersch.de miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de

KOMMT EIN KALIF ZUM PSYCHIATER ...

Nicht nur westliche Magazine wie *Charlie Hebdo* machen sich über Glaubensfanatiker lustig, auch arabische Comedians fordern religiöse Führer heraus. Für die Satiriker ist das gefährlich, für die Muslime ein Segen. Denn nichts brauchen sie zurzeit mehr als einen Anstoß, den Respekt vor alten Mythen und die Angst vor Kultfiguren zu verlieren. // TEXT // **HAMED ABDEL-SAMAD**

Eigentlich sollte Humor im 21. Jahrhundert keine gefährliche Angelegenheit mehr sein. Aber das ist er leider, jedenfalls wenn man sich über den nordkoreanischen Diktator, die Mafia oder über den Islam lustig macht. Das Attentat auf das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* markiert eine Zäsur in der europäischen Geschichte und wirft neue und alte Fragen über die Rolle des Humors auf.

500 Jahre nach Erasmus von Rotterdam und 230 Jahre nach Voltaire wird Satire ausgerechnet in Paris mit dem Tode bestraft. Doch europäische Satiriker und Humorbeamte gehen, mit wenigen Ausnahmen, auf Beschwichtigungskurs. Sie nehmen Muslime in Schutz, kritisieren lieber die USA, den Kapitalismus und die Islamophobie und lassen die tatsächliche Gefahr für unsere Freiheit außer Acht: den Islamismus. Sie ließen nicht nur *Charlie Hebdo* im Stich, sondern auch viele Satiriker in den islamischen Ländern, die unter Einsatz ihres Lebens versuchen, Despoten und religiöse Fanatiker zu demaskieren.

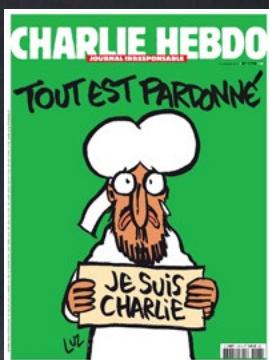
Drei Kugeln im Kopf

Diktaturen haben eines gemeinsam: Sie sind humorlos. Sie inszenieren sich selbst als Halbgötter und leben von der Angst ihrer Untertanen. Humor ist aber ein Spiegel für die Menschen, in dem sie sich selbst und ihre Machthaber nackt sehen können. Satire nimmt den Menschen die Angst vor Papiertigern und entmystifiziert Despoten. Deshalb reagieren Diktatoren ungemein gereizt auf Witze und ironische Bemerkungen. Ayatollah Khomeini hatte im Jahre 1989 eine Todesfatwa gegen Salman Rushdie wegen seines satirischen Romans „Die satanischen Verse“ erlassen, nicht, wie allgemein angenommen wird, weil dieser den Propheten Mohammed beleidigt hatte, sondern weil Khomeini selbst im Roman als eine lächerliche Figur erscheint, für die „Paranoia eine Voraussetzung zum Überleben“ sei.

Der ägyptische Philosoph Farag Foda machte im Jahre 1992 ein paar satirische Bemerkungen über die Scharia und die islamischen Bekleidungsvorschriften. Daraufhin erklärten ihn renommierte Al-Azhar-Imame für einen Apostaten, einen von der Religion Abfälligen. Wenige Wochen später wurde er vor seinem Haus in Kairo von einem Islamisten erschossen. Danach traute sich in Ägypten kaum noch jemand, religiöse Themen und Imame mit den Mitteln der Satire anzugehen. Blasphemiegesetze wurden verschärft, kritische Stimmen durch Zensur oder Einschüchterung zum Schweigen gebracht.

Dann machte der Sturz des Diktators Saddam Hussein im Jahre 2003 und die Internetrevolution Hoffnung - sie eröffneten neue Sphären für die Meinungsfreiheit. Allerdings blieb die Gefahr für Kritiker und Satiriker bestehen. Im November 2006 wurde die Leiche von Walid Hassan in einem Vorort von Bagdad entdeckt. Sein

»



Kennt kein Pardon: Der schiitische Geistliche Sheikh Mohammed al-Mutawakel verurteilt während des Freitagsgebets am 16. Januar 2015 in der Al-Hashush Moschee im von Huthi kontrollierten Sanaa (Jemen) das nach dem Anschlag auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* veröffentlichte Titelblatt.



Kopf war von drei Kugeln durchlöchert. Der populäre Comedian wagte es, eine Satiresendung namens „Karikatur“ im unabhängigen irakischen Sender *al-Sharqiyya* zu präsentieren, die sowohl religiöse Gruppen als auch Politiker durch den Kakao zog.

Die Ermordung Hassans markierte den Anfang vom Ende des Schweigens in der arabischen Welt. Humor bei religiösen Themen galt bis dahin unwidergesprochen als eine schwere Sünde. Doch nun erhoben sich Satiriker und Karikaturisten und machten sich über jene Aspekte der Religion lustig, die Gewalt und Hass schüren. Fernsehsendungen und Printmedien scheuteten sich zunächst davor, solchen Comedians eine Plattform zu bieten, doch sie konnten nun soziale Netzwerke und YouTube nutzen, um ihre Botschaften zu verbreiten.

Nach dem Sturz Mubaraks in Ägypten tauchte der Politsatiriker Bassem Youssef als Internetstar aus dem Nichts auf. In Anlehnung an den bekannten US-Comedystar „Jon Stewart von Ägypten“ genannt, galt Youssef als neues Vorbild für Politcomedians in der arabischen Welt. Der Herzchirurg bediente sich der Jugendsprache, wagte religiöse und sexuelle Anspielungen in seinen YouTube-Sendungen. Weder Politiker noch Kleriker waren vor seinen Spalten sicher. Die Mediennmogule konnten ihn nicht lange ignorieren. Bassem Youssef wurde eine TV-Show zur besten Sendezeit angeboten, die bei Millionen von Zuschauern in der gesamten arabischen Welt sehr populär war. Freitagabend war Bassem-Tag.

In der Regierungszeit des Muslimbruders Mursi wurde Youssef mehrmals wegen Beleidigung des Präsidenten und Verunglimpfung des Islams verklagt. Immer wieder riss er bissige und pointierte Witze über die Führungsfiguren der Muslimbruderschaft und der Salafisten. Auch nach dem Sturz Mursis nahm Youssef kein Blatt vor dem Mund und kritisierte das ägyptische Militär. Keiner in der Medienlandschaft wagte es, die Generäle so aufs Korn zu nehmen wie er. Die neuen Machthaber boten ihm aber auch eine Steilvorlage nach der anderen, als etwa ein General angekündigt hatte, das Militär habe ein neues medizinisches Gerät entwickelt, das sowohl Hepatitis C als auch Aids binnen Wochen heilen könne. Youssefs Witze stellten die Glaubwürdigkeit des Militärs in Frage. Doch der Druck der Regierung und inszenierter

Volkszorn ließen ihn schließlich das Handtuch werfen. Ein politisch motivierter Schadensersatzprozess wurde gegen ihn angestrengt, der ihn in den finanziellen Ruin treiben könnte.

Der Aufstieg der Terrormiliz IS und ihre beispiellose Brutalität ließen arabische Politiker, Intellektuelle und Journalisten zunächst hilflos erscheinen. Erneut waren es die Satiriker, die den Kopf hinhielten und an vorderster Front mit Spott und Kritik gegen die Gotteskrieger kämpften. Irakische, libanesische und ägyptische Humoristen nutzten den Feldzug gegen den IS nicht nur, um den Terror zu verurteilen, sondern auch, um die Doppelmorale innerhalb des Islams zu kritisieren. So singt die libanesische Band „Great Departed“ ein Lied als satirische Huldigung des Kalifens al-Baghdadi: „Und weil der Islam die Religion der Barmherzigkeit ist, schlachten wir Menschen ab, um dann das Fleisch unter den Armen zu verteilen. Und weil es keinen Zwang im Glauben gibt, töten wir Schiiten, Sunnitzen und Christen freiwillig.“

Der IS stets in Reichweite

Im libanesischen Fernsehen lief ein Sketch von einem bärtigen Mann, der in einem Unterwäscheladen einen Büstenhalter kaufen wollte. „Ist er für Brüste, die etwa so groß sind wie Orangen?“, fragt der Verkäufer. „Nein, noch größer“, sagte der Islamist. „Vielleicht Aubergine?“ „Nein, ich würde sagen Wassermelone.“ „Für wen ist er denn?“, will der erstaunte Verkäufer wissen. „Für meine Kuh. Der Kalif mahnte uns, die Brüste der Tiere zu verdecken, um sexuell nicht erregt zu werden.“ Der Verkäufer holt eine schwarze Plastiktüte, zieht sie dem bärtigen Mann über den Kopf und sagt: „Das ist viel einfacher. So vermeidest du den Anblick der ganzen Kuh!“

Die Ramallah Comedy-Gruppe „Watan a Watar“ macht sich über die Propagandavideos des IS lustig. Eine neue irakische TV-Show lässt Kalif al-Baghdadi mit dem Teufel tanzen und wild in die Menge schießen. Als um ihn herum niemand mehr am Leben ist, jagt er sich schließlich selbst in die Luft. Eine der geistreichsten Verarbeitungen der zynischen Realität des IS findet man beim libanesischen Blogger Karl Sharro. In einem fiktiven Dialog zwischen Kalif al-Baghdadi und seinem Psychiater nimmt Sharro das Dilemma des IS auf die Schippe: „Du bist der neue Kalif? Und

du fährst immer noch diesen alten Toyota?“ Der Kalif zeigt sich entsetzt, dass sein Psychiater von der Errichtung des Kalifats gar nichts mitbekommen hat. Al-Baghdadi glaubt, es sei vermutlich zu früh gewesen, das Kalifat ins Leben zu rufen. Die Leute machten sich lustig über ihn, klagt er, und nähmen ihn nicht ernst. „Ich glaube, es gibt nie einen richtigen Zeitpunkt, ein Kalifat zu errichten“, beruhigt der Psychiater seinen verzweifelten Patienten, der kein gutes Haar an seinem Umfeld lässt: „Ich bin von Idioten umgeben: Sie können zwar Ungläubige köpfen, aber keine Pressemitteilung schreiben oder einen Wasserkocher reparieren.“

All diese Künstler und Blogger wissen ganz genau, dass sie in Reichweite des IS sind und dass sie für ihren Humor jederzeit mit dem Leben bezahlen können. Keiner von ihnen steht unter Polizeischutz. Doch sie machen weiter. Niemand in der arabischen Welt hat sich so deutlich und ohne Wenn und Aber mit *Charlie Hebdo* solidarisiert wie sie. Sie würden selber keine Witze über Mohammed machen, aber sie wissen, dass solche Witze manchmal eine befreiende Wirkung haben könnten. Sie haben verstanden, dass Satire nicht nur zur Belustigung des Volkes da ist, sondern eine Parallelgeschichte der Demokratie erzählt.

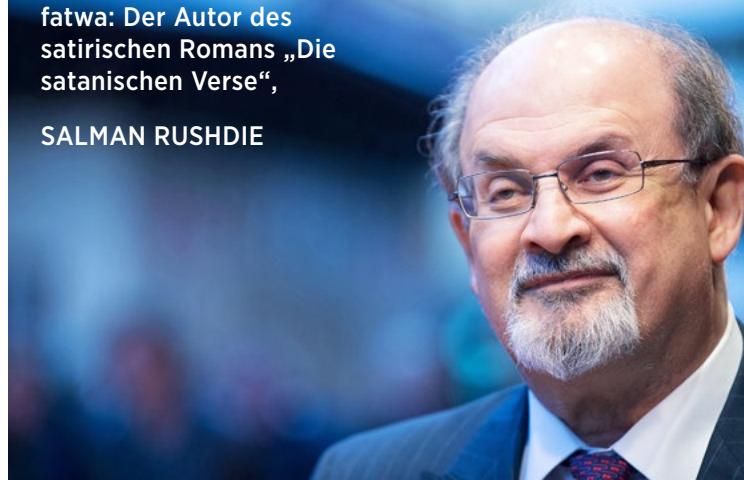
Entmachtung der Götter durch Humor

Die Geschichte der Satire in Europa ist die Geschichte der Befreiung von Göttern und somit die Geschichte der Aufklärung. Vielleicht war Lukian von Samosata einer der Ersten, die dies im zweiten Jahrhundert deutlich machten. In seinen Satirewerken „Göttergespräche“ und „Hetärengespräche“ nimmt er die griechischen Mythen, Götter, Philosophen und Kriegshelden auseinander. Das war ein Befreiungsschlag, der ihm in Europa dauerhaft Anhänger verschaffte. In der Renaissance waren Satiren die bevorzugte Literatur der Gebildeten.

Die Entweihung der sakralen Sprache durch Dante Alighieri in „Die göttliche Komödie“ war ein weiterer Schritt zur Befreiung von religiösen Dogmen. Erasmus von Rotterdam ist ein Kind von Lukian und Dante. Sein Werk „Das Lob der Torheit“, das 1511 in Paris veröffentlicht wurde, ist eine sensible, humorvolle Kirchenkritik. Darin lästerte er über Gott, Kirche und Sakramente - zu einer Zeit, als die Inquisition noch nicht abgeschafft war. Voltaire wiederum war ein Kind von Erasmus und Lukian. Seine sarkasti-

Ein Leben unter der Todesfatwa: Der Autor des satirischen Romans „Die satanischen Verse“,

SALMAN RUSHDIE



sche Religionskritik war ein Vorbote der Französischen Revolution, die Grundlage für unsere heutige Freiheit ist.

Charlie Hebdo ist ein Kind von Voltaire, Erasmus und Lukian; das Satiremagazin ist Zeuge der Geschichte, Zeuge der Entmachtung der Götter durch Humor. Deshalb ist der Angriff auf *Charlie Hebdo* ein Angriff auf die Freiheit. Viele Politiker und Satiriker jedoch, die sich nun mit diesem Satz vor die Kamerä stellen, wissen nicht, was er im Kern bedeutet - sonst hätten sie *Charlie Hebdo* nicht jahrelang im Stich gelassen.

Die Aufklärung geht ihren Weg, auch jenseits von Europa. Satiriker und Häretiker in der arabischen Welt sind ein Teil davon geworden. Auch sie verteidigen unsere Freiheit. Jeder, der die Satiriker und die Islamkritiker zur Zurückhaltung drängt, um religiöse Gefühle der Muslime nicht zu verletzen, ist antiaufklärerisch und fällt diesen tapferen Kämpfern in den Rücken. Ich halte sowohl *Charlie Hebdo* als auch die arabischen Comedians für einen Segen für die Muslime. Denn nichts brauchen sie zurzeit mehr als einen Anstoß, den Respekt vor alten Mythen und die Angst vor Kultfiguren zu verlieren. Auch für gläubige Muslime, die auf die Satire wütend sind, sind sie ein Geschenk. Denn Wut kann gesund sein, und fast nichts ist schlimmer als die Gleichgültigkeit. Außer ein falscher Freund, der einem auf die Schulter klopft und sich als Opfer darstellt, wie es Humorbeamte wie Hagen Rether und Volker Pispers in ihren Politsatiren mit Muslimen machen! ●



HAMED ABDEL-SAMAD,
deutsch-ägyptischer Politologe und Buchautor. Von ihm erschienen sind unter anderem: „Der islamische Faschismus. Eine Analyse“ (2014) und „Krieg oder Frieden. Die arabische Revolution und die Zukunft des Westens“ (2011). redaktion@libmag.de



Liberal und erfolgreich: der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte (VVD). Unten: Alexander Pechtold, Spitzenkandidat von D66 bei der Parlamentswahl 2006.

TU FELIX NEDERLANDIA

Du glückliche Niederlande: Während sich Deutschland mit seiner FDP derzeit schwertut, sind in Holland gleich zwei liberale Parteien erfolgreich, eine stellt sogar den Ministerpräsidenten. Wie kann das funktionieren? // TEXT // PHILIPP HANSEN



Sind Bürgerinnen und Bürger in kleineren und mittelgroßen EU-Staaten wirtschaftsfreundlicher oder bürgerrechtsnäher, stehen sie der liberalen Grundüberzeugung von der Freiheit des Individuums näher als ihre Nachbarn aus den großen EU-Mitgliedsländern?

Dieser Schluss liegt verführerisch nahe, wenn man die Regierungsbeteiligung libera-

ler Parteien (auf Basis der Mitgliedschaft in der europäischen Mutterpartei ALDE) im Januar 2015 als Gradmesser zugrunde legt. Mit Ausnahme der britischen Liberaldemokraten gibt es aktuell in den sechs größten EU-Mitgliedsstaaten (in denen rund 350 von 500 Millionen Bürgern leben) keine liberale Partei von politischer Relevanz, die zudem in Regierungsverantwortung stehen würde.

Dahingegen sind aber in zehn weiteren kleineren EU-Staaten Liberale an Regierungskoalitionen beteiligt und nicht zuletzt stellen sie in fünf Ländern den Regierungschef. Ein Zufall? Natürlich ist es keine Frage der Geografie oder Einwohnerzahl, dass die Liberalen es nur in Mitgliedsstaaten mit bis zu 20 Millionen Einwohnern schaffen, über zehn Prozent der Stimmen zu holen.

Was es heute heißen kann, liberal zu sein, zeigt der organisierte Liberalismus in den Niederlanden. Während in Deutschland die historische Spaltung von National- und Linksliberalen mit der Gründung der FDP 1948 organisatorisch überwunden wurde und fortan in unterschiedlicher Gewichtung innerparteilich zum Vorschein kam, sind in den Niederlanden zwei liberale Parteien erfolgreich, eine eher national und eine eher sozial ausgerichtete.

Die VVD, heutige Regierungspartei unter Premierminister Mark Rutte, wurde ebenfalls 1948 gegründet und ist hinsichtlich ihrer inneren Verfasstheit, Ausrichtung und Mitgliederstruktur den deutschen Freien Demokraten vergleichbar. Diese im deutschen Sinne klassisch bürgerlich-liberale Partei stand bis Mitte der 70er-Jahre gleichbleibend bei circa 10 Prozent, bevor sie kontinuierlich hinzugewann und mit bis zu 25 Prozent der Stimmen seit 2010 zweimal stärkste Kraft bei Parlamentswahlen werden konnte.

Die 1966 gegründete und sich heute sozialliberal nennende D66 verstand sich zunächst als eine radikal basisdemokratische Bewegung, die vor allem für eine Reform des niederländischen Staatswesens und eine bessere Bildung für alle eintrat. Mit Wahlergebnissen zwischen 2 und 15 Prozent war die Partei deutlich stärkeren Schwankungen ausgesetzt.

In der seit jeher stark fragmentierten niederländischen Parteienlandschaft (insgesamt sind zurzeit elf Parteien inklusive orthodoxer Protestanten und Tierschützer im Parlament vertreten) hat auch die fortschreitende Erosion der beiden klassischen Volksparteien den Liberalen neuen Spielraum gegeben.

Traditionell war die VVD eine stärker machtpolitisch orientierte Partei mit regelmäßiger Regierungsbeteiligung und hat es in den vergangenen Jahrzehnten vermocht, sich programmatisch neuen Wählerschich-

ten zu öffnen, ohne das eigene klar wirtschaftsliberale Profil zu vernachlässigen. Waren die Wähler zunächst vor allem selbstständige Unternehmer, kann die Partei heute auf Stimmen sowohl von Bauern als auch aus der (klein-)bürgerlichen Mittelschicht in den wohlhabenden Vorstadtgemeinden bauen.

Die D66 punktet vor allem im großstädtischen Umfeld bei Studenten, generell höher Gebildeten und öffentlichen Angestellten.



Sitze in der Ersten Kammer (2011)	14	5
Sitze in der Zweiten Kammer (2012)	41	12
Sitze im Europäischen Parlament (2014)	3	4
Mitgliederzahl	35.300	23.800

Quelle: eigene Recherchen

Trotz der Beteiligung an unterschiedlicher Koalitionen gründete sich das Selbstverständnis der Partei zunächst auf einem idealisierten Politikverständnis: Politik wurde um ihrer selbst willen betrieben, aber nicht notwendigerweise, um Wahlen zu gewinnen.

Gemäß der „two concepts of liberty“ von Isaiah Berlin steht die VVD eher für einen Ansatz der Freiheit von etwas (äußerem und innerem Zwängen), während man die D66 vielleicht eher als Verfechter der Freiheit für etwas (Wahlmöglichkeiten) verorten mag.

Trotz unterschiedlich inhaltlicher Akzente - so steht D66 für eine stärker integristische Entwicklung der EU - gibt es heute große Schnittmengen zwischen beiden Parteien. D66 und VVD sind politische Konkurrenten, stellen aber die freie Selbstentfaltung des Individuums wie auch wirt-

schaftliche Freiheit in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit.

So ist es vor allem eine Frage der politischen Haltung und öffentlichen Positionierung, durch die sich beide Parteien voneinander abgrenzen. Nichts verdeutlicht diesen Unterschied besser als die Koalition der VVD mit der rechtspopulistischen Partei Geert Wilders im Jahre 2010. Während die Nationalliberalen einen pragmatischen Ansatz der Einbindung mit einem machtpolitischen Gestaltungsanspruch kombinierten, setzte D66 zur Verteidigung der eigenen politischen Glaubwürdigkeit auf scharfe Abgrenzung. Zudem verfügen beide Parteien über charismatische und populäre Führungspersönlichkeiten, die den jeweiligen Kurs glaubwürdig verkörpern.

Das Beispiel zweier erfolgreicher liberaler Parteien zeigt, dass es keinen Königsweg für den Erfolg des organisierten Liberalismus gibt. Das politische Angebot des Liberalismus richtet sich an die ganze Gesellschaft.

Freie Demokraten und Liberale sind dann erfolgreich, wenn sie den Wählern ein attraktives Angebot aus glaubwürdigen Inhalten und Sympathieträgern bieten und dieses in eine kluge Wahlkampfstrategie umsetzen.

Wie sich die offene Gesellschaft gegen ihre inneren und äußeren Feinde behaupten kann, dürfte eine der wichtigsten Fragen überhaupt werden. Die niederländischen Liberalen zeigen, dass es mehr als genug Platz und vor allem Bedarf für freiheitliche Antworten gibt. ●



PHILIPP HANSEN ist Bereichsleiter Politik bei den Europäischen Liberalen (ALDE Partei) in Brüssel und verantwortet die Zusammenarbeit im Bereich Strategie- und Kampagnenplanung mit den Mitgliedsparteien. Zuvor war er Mitarbeiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Projektbüro Jordanien.
redaktion@libmag.de



HOLD THE AIR ON!

Von Ludwig Thomas Briefen des fiktiven bayerischen Landtagsabgeordneten Josef Filser, die zuerst im *Simplicissimus* und 1912 auch als Buch erschienen, ließ sich die SZ-Autorin Gisela Daum inspirieren, die als „Your true Gisela“ ebenfalls in Briefform über aktuelle Ereignisse berichtete – in schön schlechtem und vor allem sehr deutschem Englisch. Wie sie das „Duale System“ erklärt, ist ein zeitloser Klassiker. // TEXT // **GISELA DAUM**

Dear Peter,

always make we us illusions. Special, when we only the words „eco“ and „bio“ hear. This is a great fashion, a new trend, which us total blind makes. And when we self us not fore-make, are it other people, who us forth-running on the nose about-guide. Will you byplays hear? How long believe we still, that the „Green Point“ real green is and us real wider brings?

Rubbish is rubbish, when man nothing thereout makes. There helps nothing, when the rubbish a green point has. Exact so good could it be a blue moon, or a red cross or a yellow rose on the rubbish be. There is no difference to the tostand tofore, so long namely no pig knows, how this recycling-model landup, landdown function shall. That comes therefrom, when man the mouth too full takes and the second step before the first does. And then I read, that some rubbish with green points, which we so groundly outsorted have, to India exported is or in the rubbish-burning lands. Hold the air on!

The scandal is, that my milk-bottle, which 1 thousand times in the supermarket afterfill, no chance has, a green point to become. As we a complete throw-away-society are, becomes the predicate only that we away-throw. Absurd, I say. Total crazy.

And when all the points only green were! On the packing stand always „Green Point“ to read, but on the cola-dose is the colour of the point red, on the Lila Pause is it lila, on the Philadelphia cheese is it blue. What shall man therefrom hold? As if we also no feeling more for differences had. Are we in the between-time all colour-blind? „Green“ is red and blue and lila at the same time.

They make us an X for un U fore. Who three thousand green points collected has, becomes a little book gratis with the title: „Green is the hope“.

Your true Gisela



B E L E S E N

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Antiamerikanismus ist ein Alltagsphänomen, das Tobias Jaecker in seinem Buch über die gesamte Breite des öffentlichen Lebens in Deutschland hinweg dokumentiert. Kein Tag ohne Amerikakritik in den Massenmedien, auch Musiker und Filmemacher arbeiten sich gern an der Fratze des amerikanischen Raubtierkapitalismus ab. Politiker warnen ebenfalls unermüdlich vor „amerikanischen Verhältnissen“ des unregulierten Marktes, um uns ihre Version staatlicher Interventionspolitik schmackhaft zu machen. Da ist es nicht weiter verwunderlich, dass Antiamerikanismus tief im gesellschaftlichen Mainstream aller politischen Milieus verankert ist. Nicht erst seit den US-Präsidenten Ronald Reagan oder Georg W. Bush wird hierzulande über die

USA geschimpft, die Tradition des Antiamerikanismus geht bis zu den Anfängen der amerikanischen Gesellschaft zurück. Dieses Feindbild dient, so der Autor, der Distinktion und Selbstaufwertung einer von Veränderungen verunsicherten Öffentlichkeit. Seinem Urteil, nach dem antiamerikanische Welterklärungen konformistisch oder gar reaktionär sind und von der eigenverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme ablenken, kann man sich uneingeschränkt anschließen.

Steffen Henrich

TOBIAS JAECKER

Hass, Neid, Wahn – Antiamerikanismus in den deutschen Medien
Campus Verlag, Frankfurt/Main 2014;
409 Seiten; 29,90 Euro



Kann man heute noch liberal sein wollen?“, fragt Lisa Herzog in diesem wesentlich klügeren und tiefer schürfenden Buch, als es der Titel befürchten lässt. Sie will einen „komplexen Liberalismus“, der nicht mehr ausschließlich die Perspektive des „Homo oeconomicus“ einnimmt, sondern von einem „realistischen Menschenbild“ ausgehend „die Einsichten der Psychologie und der Soziologie ebenso ernst nimmt wie die der Ökonomie“. Die Autorin will mit Irrtümern aufräumen, die den Liberalismus nach ihrer Analyse in Schwierigkeiten gebracht haben: a) Das Individuum ist anders, als der klassische Liberalismus es sich vorstellt; b) Freiheit ist etwas anderes, als manche Strömungen des Liberalismus in den letzten Jahrzehnten vertreten

haben; c) die Sozialstrukturen moderner Gesellschaften sind anders, als der klassische Liberalismus es sich vorstellte. Lisa Herzog betrachtet Freiheit vor dem Hintergrund der Befangenheit der Individuen in sozialen Systemen und stellt dazu die richtigen Fragen. Das macht das Buch zu einer hochspannenden und anregenden Lektüre, deren Erkenntnisse auf dem vor den Liberalen liegenden langen und steinigen Weg sicherlich hilfreich sein können.

Thomas Volkmann

LISA HERZOG

Freiheit gehört nicht nur den Reichen – Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus
Verlag C.H. Beck, München 2013;
207 Seiten; 14,95 Euro





VON FREIHEIT UND RELIGION

// TEXT // **WOLFGANG GERHARDT**

Die Friedrich-Naumann-Stiftung, Herausgeberin dieses Magazins, hat vor einem knappen Jahrzehnt zu ihrem Namen den Zusatz „für die Freiheit“ hinzugefügt. Ralf Dahrendorf war darüber erfreut, er teilte mir in einem Gespräch mit, dass zuzeiten, in denen er Vorsitzender war, die Stiftung Friedrich-Naumann-Stiftung geheißen habe, jetzt wisse sie endlich, wofür sie wirklich da sei.

Das aber sahen nicht alle so. Einige in der Stiftung selbst nicht, und außerhalb interessierte das Thema nicht viele. Es galt, insbesondere wenn es von der FDP intoniert wurde, eher als klein und exklusiv, andere Fragen schienen wichtiger. Hauptsache, der Müll wird ordentlich getrennt.

Viele Menschen können mit dem Thema Freiheit nicht allzu viel anfangen. Sie reagieren mit Achselzucken. Freiheit erscheint ihnen nicht so bedeutsam, klingt für viele zu abstrakt. Einige fürchten sich eher vor der Freiheit, fühlen sich in eigener Verantwortung überfordert und möchten lieber wie an einem Leitseil geführt

werden. Neidhammel wollen sie nicht, weil sie anderen mehr nutzen könnte als ihnen selbst. Sie setzen Freiheit immer nur mit der Freiheit des Anderen, des Erfolgreicheren gleich. Die Reihe der Bedenkenträger und Mahner nach dem Motto, zu viel Freiheit sei schädlich, sie fördere am Ende nur die so oft argumentativ bemühte Ellbogengesellschaft, ist schier endlos.

Für manche Kulturrelativisten gibt es sogar Gesellschaften, die für die Freiheit nicht geeignet erscheinen. Sie sollte deshalb auf keinen Fall als eine Art westlicher Exportartikel anderen aufgenötigt werden. Diese Spezies von Zeitgenossen nimmt hin, dass Freiheit mancherorts auf dieser Welt das Schicksal einer Kerkerblu-



me, wie es Heinrich Heine so wunderbar ausgedrückt hat, erleidet. Dass Freiheit und Menschenwürde kosmopolitische Weltbürgerwerte sind, auf die jeder Mensch einen Anspruch hat, macht deutlich, dass viele zwar weit reisen, aber deshalb noch lange keine Kosmopoliten sind, für die sie sich so gerne ausgeben. Freiheit ist in ihrem qualitativen Kern und in ihrer tieferen Bedeutung die Voraussetzung

zung dafür, dass Menschen ihren eigenen Lebensweg wählen und ihre eigene Biografie schreiben können. Sie ist im Übrigen auch der zentrale sozial-ethische Maßstab für eine chancengerechte Gesellschaft, wie es die katholische Bischofskonferenz zutreffend ausgedrückt hat. Sie ist allerdings anstrengend. Sie verpflichtet zu persönlicher Verantwortung.

Es gibt außer den Freien Demokraten keine andere Partei in Deutschland, für die Freiheit Haltung und politisches Programm ist. Die Grünen wollten sich das kürzlich auch zulegen. Ihr Versuch ist auf ihrem „Freiheitskongress“ allerdings kläglich gescheitert. Sobald es an Lebensauffassungen und Lebensstile geht, die ihnen nicht gefallen, neigen sie zu Verboten oder problematisieren, wie es der Umweltbeirat der Bundesregierung von einem starken Staat will, nichtnachhaltige Lebensstile. Selten hat sich eine Geschmacksdiktatur in eine so schöne neue Uniform gekleidet. Früher hatte man Hausmeister. Heute gibt es die Grünen. Sie haben kein emanzipatorisches Programm. Sie sind Ideenaufseher.

Auf dem Drei-Königs-Treffen der Freien Demokraten in Stuttgart hat Christian Linder eine bemerkenswerte, tiefgründige und werteverbundene Freiheitsrede gehalten. Er intonierte eine Lebenshaltung, weit über die Tagespolitik hinaus. Er machte klar, dass Freiheit ohne metallischen Klang immer auch ein Auge für die anderen haben muss und in der Menschenwürde des jeweils anderen ihre Begrenzung findet. Er baute auf die Kraft einer Zivilgesellschaft und nicht ausschließlich auf die Ressourcen des Staates und buchstabierte die Konsequenzen in Bildung, Wirtschaft, Umgang miteinander und Zukunftsorientierung. Menschen sind soziale Wesen, wie das der unvergessene Ralf Dahrendorf schrieb, sie können die Welt nicht kultivieren ohne die anderen. Das Thema Freiheit blieb auch nach Lindners glänzender Rede in einer manchmal etwas unterkomplexen Medienlandschaft publizistisch hinter Magenta zurück.

Auf einmal ist es aber nach den brutalen Morden in Paris überall ein Thema, in allen Zeitungen, in vielen Demonstrationen, in vielen Gesprächen. Logisch, und völlig zu Recht, verbunden mit einem heiklen Sachverhalt, nämlich religiösen

Gefühlen und der Frage ihrer Verletzlichkeit versus Pressefreiheit. Nach einer Zeit, in der man der Freiheit eher misstraut hat, den Menschen Betreuer und Bevormunde von Staats wegen vor jede Haustür stellte, damit sie ja den richtigen Gebrauch von ihr machen sollten, ist sie jetzt wieder ein Lebenselixier. Und alle wussten das schon immer. Hoffentlich bleibt das jetzt auch einmal so.

Dieses Magazin *liberal* versteht sich als freiheitliche Publikation in unserer Zeit, nach dem sich mit Renaissance, Humanismus und Aufklärung in Europa eine neue Welt sozusagen durchgesetzt hat. Es gilt allerdings zur Kenntnis zu nehmen, dass es alte Gegengewichte des Neuen gibt, die wir in ihrer Heftigkeit nach dem Zusammenbruch der alten bipolaren Welt so nicht mehr erwartet hatten.

Religiöse Grundströmungen bilden nicht nur persönliche, private, religiöse Bekenntnisse ab, sondern entfalten auch gewaltige politische Macht, im Guten wie im Bösen.

Manche Menschen vertreten ihren Glauben und ihre Überzeugung in einer Art von Gewissheit, die jede Kultur der Toleranz zerstört. Wer da lebt, wo sie die Mehrheit haben, der braucht, wenn er die Wahrheit sagen will, ein schnelles Pferd - sagt ein chinesisches Sprichwort. Solchen Vertretern einer konfrontativen Weltansicht darf man die Bühne aber nicht durch eine Art ignoranter

Toleranz, die bisweilen besonders hierzulande gepflegt wird, überlassen. Alles zu verstehen kann nicht bedeuten, alles zu entschuldigen. Kognitive Offenheit, Sensibilität für andere Weltzugänge ja. Aber auch Bereitschaft zur Verteidigung unserer Werte. Wer das nicht mag, nicht will und nicht kann, der kann auch niemanden integrieren.

Die Welt wird, wie Albert Einstein formuliert hat, nicht nur von dem Bösen bedroht, sondern auch von denen, die das Böse zulassen. Es kann eben keine Akzeptanz von religiösen Bekenntnissen geben, die unter Inanspruchnahme von religiöser Authentizität die Menschenrechte verletzen. Ob Islamisten, Pius-Brüder oder Evangelikale, der Staat muss darauf achten, dass, gleich bei welcher Religionsausübung, auch immer die Prinzipien beachtet werden, die für seine eigene verfassungsmäßige Bindung gelten. Er kann nicht gleichgültig gegenüber religiösem Fundamentalismus sein - gleich



welcher Art er ist. Eine Religion, so schrieb der frühere Limburger Bischof Franz Kamphaus, sollte Gott oder Allah verehren, aber nicht Gott oder Allah selbst spielen. Ich füge hinzu, dass sie Menschen nicht in die Knie zwingen, sondern ihnen auf die Beine helfen soll, damit sie ein Leben in ihrer Zeit leben können.

Die Entmythologisierung der Bibel in der protestantischen Kirche und das Zweite Vatikanische Konzil in der katholischen Kirche waren schmerzvolle Wege zu einer Antwort der christlichen Kirchen. Sie haben ihre eigene Gewaltgeschichte betrachtet, sich darüber Rechenschaft abgelegt und die Brauchbarkeit ihres Glaubens im täglichen Leben überprüft. Vor einer solchen Herausforderung steht auch der Islam.

Die entscheidende Frage ist dabei, ob der Islam eine historisch-kritische Betrachtung des Korans zulassen will und sich von einer orthodoxen Wortgläubigkeit eines rückwärtsgewandten Beziehungszwanges lösen kann. Der säkulare Staat, ein einzigartiges Ergebnis europäischer Geschichte, ist dem Islam nicht feindlich gesinnt. Er gewährt allen Religionen und Überzeugungen Raum. Seine Religionsneutralität schützt ihn selbst

vor pseudoreligiösen Selbstüberschätzungen und Religionen davor, die staatliche Gewalt zu ihren Gunsten zu missbrauchen. Die Gretchenfrage für alle ist allerdings die Unabdingbarkeit von Menschenrechtsverträglichkeit und Gewaltverzicht. Niemand darf zum Glauben gezwungen werden, niemand darf verboten werden, Religionen zu kritisieren, und niemand darf die Freiheit genommen werden, seinen Glauben aufzugeben.

Es darf bezweifelt werden, ob die Feststellung, der Islam gehöre zu Deutschland, vor der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Geschichte unseres Landes bestehen kann. Wir sollten uns nicht überheben. Es wäre einstweilen gut, wenn wir uns damit anfreunden könnten, es alsbare Selbstverständlichkeit zu empfinden, dass Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland leben und arbeiten und dass viele Muslime in Deutschland sich auf den anstrengenden Weg hin zur Brauchbarkeit ihres Glaubens in der modernen Welt machen. Wir sollten sie dabei unterstützen. Sie gehören zu Deutschland. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de

WALTHER SEINSCH

VERBRECHER- KARTEI

Über
Banker,
Manager
und Politiker

GHV

Klappenbroschur, 240 Seiten, Euro 18,90
ISBN: 978-3-87336-530-8

Walther Seinsch

der Ex-Präsident des FC Augsburg redet Klartext über die Ignoranz und Verlogenheit sogenannter Experten und Ökonomen.

Seinsch beweist anhand von glasklaren Fakten, wie wir von vermeintlich seriösen Instituten, Chef-Volkswirten, inkompetenten Professoren und einigen Medien getäuscht werden. Seinsch erhofft sich eine öffentliche Diskussion und eine kompetente Berichterstattung über die Bereiche Wirtschaft und Politik.

GHV

Gerhard Hess Verlag
Ulm/Donau-Bad Schussenried
Seit 1946
www.gerhard-hess-verlag.de



geboren 1941 in Mayen/Eifel, Acht Jahre Schule; Lehre im Steuerberatenden Beruf; Baurbeiter; Fabrikarbeiter; Substitut, Abteilungsleiter und Geschäftsführer im Kaufhof-Konzern; Geschäftsführer und Minderheitsgesellschafter der Firmen KIK und Takko bis 1997; Gründer der Stiftung Erinnerung in Lindau; von 2.000-2014 Vorstandsvorsitzender des FC-Augsburg



„NICHTS IST UNBEQUEMER ALS
DIE FREIHEIT.
ABER AUCH NICHTS IST BEGEHRENswerTER.“

REINER KUNZE

Im Jahre 1992 warb dieses Zitat für die Berliner *Wochenpost*. Zu DDR-Zeiten semiaufmüpig, sollte die Wochenzeitung nach dem Willen vom Verlag Gruner + Jahr zu einem spannenden Ost-Pendant der betulichen *Zeit* werden. Tatsächlich standen schon einige unkonventionelle Ost-Autoren, zusammen mit intellektuell neugierigen Ex-*tazlern*, in den Startlöchern. Dann aber wurde aus dem Experiment doch wieder eine jener deutsch-deutschen Geschichten, in denen sich statt Zukunftsreude eher trübe Ressentiments potenzieren. Zum Chefredakteur ernannte man einen Mann des Westberliner juste milieus, der, obwohl als „Montaigne-Experte“ firmierend, seine Aufgabe vor allem darin sah, der Ost-Leserschaft alle Freiheitsflausen auszutreiben im Sinne eines „Im Westen ist auch nicht alles Gold, was glänzt“. Deshalb wurde jenes Zitat des 1977 aus der DDR entkommenen Verfassers der „Wunderbaren Jahre“ um den entscheidenden zweiten Satz gekappt; auf den *Wochenpost*-Plakaten war jetzt lediglich von „unbequemer Freiheit“ zu lesen.

Und der damals blutjunge Autor, der in jenem Sommer 1992 gerade sonnengebräunt von der Côte d’Azur zurückgekehrt war und tatsächlich dachte, die Ost-West-Zeitung könnte vielleicht interessieren, wie

begehrenswert man Freiheit in der mediterranen Welt buchstabierte, Sandspuren auf daseinsfrohen Körpern? Ich erinnere mich, wie ich vom mürrischen Chefredakteur zu seinem ebenso verknarzten mecklenburgischen Faktotum weitergereicht wurde. Die von mir, einem Ex-Ostler, erzählte Geschichte eines jungen bisexuellen Algeriers, der mit seinen islamistischen Brüdern auf der anderen Seite des Mittelmeers gebrochen hatte und nun in Nizza und Cannes alle Freiheitsfreuden der Sinnlichkeit entdeckte? „Das ist nichts für unsere Leser“, befand das neu-deutsche Duo. Und so erschien, schräge Ironie der Anekdote, jener Text dann schließlich in der nicht minder paternalistischen *Zeit*. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Marko Martin, geboren 1970, verließ im Mai 1989 die DDR und lebt als Schriftsteller in Berlin. Zuletzt erschien von ihm „Treffpunkt '89. Von der Gegenwart einer Epochenzäsur“ (Wehrhahn Verlag).

redaktion@libmag.de

Abidjan Stuttgart Bangkok Buenos Aires
Kairo München Tegucigalpa Seoul
Accra Dhaka Harare Wiesbaden Belgrad
Hanoi Jerusalem Kapstadt Prishtina Athen
Prag Mit Mut, Brüssel Mexiko City
Dar-es-Salaam Engagement, Lübeck
Baku Kompetenz. Bukarest
Hamburg Yangon Beirut Kiew
Islamabad New Delhi Istanbul Potsdam Hannover
Johannesburg Tunis Dakar Amman Sofia Manila
Algier Rabat Halle Tiflis Washington D.C.
Gummersbach Jakarta Istanbul Sarajewo

Für Freiheit und Rechte. Auch 2015 an
10 Standorten in Deutschland und in
mehr als 60 Ländern der Welt für Sie da!

Der Unterschied beginnt beim Namen

Wir sind den **Menschen** verpflichtet:
50 Millionen Kunden mit **50 Millionen unterschiedlichen**
Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern
erklären sie so, dass jeder Sie versteht. Da, wo unsere Kunden
sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht
nur Sicherheit
für Ihr Geld, sondern
Unterstützung für die ganze Region.
Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des
Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen
in Deutschland: Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln
die Lösungen
von morgen, weil wir
an Sie und die **Zukunft** glauben. Schon heute haben wir
zum Beispiel die meistgenutzte **Finanz-App**. Erleben
Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und
auf **www.sparkasse.de**
wenn's um Geld geht - Sparkasse